Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Nach der Arbeit" einschl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung in den Ausgabestellen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6667) pro Vierteljahr M 2.70. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet, [illegible] Wiederholung [illegible] Rabatt [illegible]. Vereinsanzeigen 15 Pf. [illegible] müssen bis spätestens [illegible] in der Expedition abgegeben [illegible].

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 18. | Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1902. | 13. Jahrg.

Zur politischen Lage.

Die Blätter der Zollwucherer werden immer nervöser. Sie behaupten mit verdächtigem Eifer, es müsse etwas gegen die „Obstruktion" der Tarifgegner gethan werden. Diesem Schwindel muß man bei Zeiten entgegentreten, denn von einer Obstruktion kann gar keine Rede sein. Kein sachlicher Gegner der Vorlage wird doch um der schönen Augen der Junker willen von seinem Rechte abstehen, die ihm notwendig erscheinenden Abänderungsanträge einzubringen und zu begründen! Sogar die Freunde des Brotwuchers machen ja von diesem Rechte ausgiebigen Gebrauch. Wozu also die Aufregung? Freilich, die Situation ist für die Junker und Junkergenossen keineswegs behaglich. Mehr als vierzehn Tage schon beschäftigt sich die Zolltarifkommission allein mit dem Tarifgesetz; dauert dessen Beratung aber schon so lange, obschon dabei unter den Majoritätsparteien keine Differenzpunkte vorhanden sind, wie wird es dann erst mit dem eigentlichen Tarife werden! Bei ihm ist eine geschlossene Mehrheit bei fast keiner einzigen Position zu erwarten; da wird es ein Gefeilsche und Gehandle geben, dessen Ausdehnung kaum abzusehen ist. Immer wieder und wieder tauchen Nachrichten auf, daß sogar über die am jüngsten öffentlich diskutierten Sätze starke Meinungsverschiedenheiten herrschen. So schreibt z. B. die Kreuzzeitung: „Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstag das Gerücht verbreitet, ein Teil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Zolltarifvorlage für Getreide eingestellten Sätzen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntnis durchaus nicht die Rede sein; im Gegenteil ist die konservative Partei einmütig der Ueberzeugung, daß diese Sätze nicht ausreichend sind, der Landwirtschaft den anerkannt notwendigen Schutz zu gewähren." Die Deutsche Tageszeitung, das Bündlerblatt, bestätigt zwar diese Bekräftigung der Kreuzzeitung, man darf aber ruhig abwarten, ob nicht doch etwas Wahres daran ist. Da auch die nationalliberale Fraktion, in der bekanntlich eine Anzahl „Ueberagrarier" sitzen, neuerdings beschlossen haben soll, sich „vorläufig auf den Boden des Entwurfs" zu stellen, so darf man sich schon jetzt auf sehr interessante Kämpfe der Brotwucherer unter sich gefaßt machen. Wir stehen als lachende Dritte dabei, denn es liegt durchaus im Interesse der großen Masse der Konsumenten, wenn das ganze Werk Posadowskys schon an der Uneinigkeit über die Getreidezölle scheitert. Wird aber diese Klippe von den Brotwucherern glücklich umschifft, dann stellen sich gleich andere wieder in den Weg: haben sie doch selbst beantragt, Mindestzölle auch für andere Artikel als Getreide festzulegen, Zölle festzusetzen für Gegenstände, die in der Vorlage zollfrei gelassen worden sind, wie Gemüse, Blumen und dergl. Endlich ist nun von nationalliberaler Seite mit dem Antrag auf Erhöhung des Tabakzolls die ganze Frage der Tabakbesteuerung aufgerollt worden.

Von den Industriezöllen hört man bei allen diesen Erörterungen recht wenig. Und doch werden sie den Gegenstand erbitterter Verhandlungen abgeben müssen. Die Abgeordneten werden täglich überschwemmt mit allerhand Petitionen aus den Kreisen der Industrie, Petitionen, die sich zum großen Teile direkt widersprechen, also selbst schon deutlich zeigen, welche Interessengegensätze dabei zu überwinden sein werden. Dergleichen läßt sich nicht kurzer Hand abthun. Die Agrarier freilich interessieren sich nicht für solche Einzelheiten; ihnen ist es nur um die Verteuerung ihrer Produkte zu thun, aber eine geschlossene Mehrheit, um solche Petitionen in den Papierkorb zu befördern, ist keineswegs vorhanden. Und wenn auch die Industriezölle, ja der ganze Tarif, die Kommission passieren, — die eigentlich entscheidenden Schlachten werden dann doch erst noch im Plenum geschlagen werden. Und endlich: bei diesem Tarife handelt es sich immer noch nicht um endgiltige Festsetzungen, sondern nur um Unterlagen für die von der Regierung einzuleitenden Vertragsverhandlungen mit den fremden Regierungen.

Man begreift die Nervosität der Brotwucherer!

Und dabei Zwist in ihren eigenen Reihen. Das Zentrum hat dem Bunde der Landwirte Fehde angesagt. Zeit war's für die Schwarzen, die ungestümen Bündler ein wenig zu dämpfen. Die Vorpostengefechte währen schon lange. Schon am 29. November 1895 warf Herr v. Plötz in eine Versammlung des Bundes der Landwirte in Danzig das Wort: „Das Zentrum muß gesprengt werden!"; am 14. Febr. 1898 spöttelte der Abgeordnete Dr. Oertel im Zirkus Busch über das „Murmeln der Gebete" und „dogmatischen Formelkram"; im vergangenen Jahre brach der Bund der Landwirte in Rheinland und Westfalen ein und veranstaltete herausfordernde Schaustellungen in Düsseldorf und Köln, und jetzt läßt er den Westen mit seinen Werberednern überschwemmen. Nun endlich ist's genug; die Geduld des Zentrums ist zu Ende. Es erklärt die Taktik des Bundes für „Reichsfälscherei" und die Propaganda des Bundes für „politische Wilddieberei und Raubritterzüge". Der Zwist ändert natürlich zunächst nichts an der Thatsache, daß das Zentrum „agrarisch bis auf die Knochen" ist, um seine Bauern auch weiter als Stimmvieh mißbrauchen zu können; aber er stärkt doch auch jenen Mannen des Zentrums ein wenig das Rückgrat, die auf die Industriearbeiterschaft Rücksicht zu nehmen haben. Die „Taktiker" des Zentrums werden alles daran setzen, um auch fernerweit diesen klaffenden Interessengegensatz zu überkleistern; aber derartige Kunststückchen halten bekanntlich nicht lange, und schließlich merkt auch der dümmste Zentrumswähler, daß er an der Nase herumgeführt worden ist. Warum sollte sich also das Zentrum gar so arg für diesen Zolltarif ins Zeug legen, der die unangenehme Eigenschaft hat, als „Sprengpulver" zu wirken? Wenn er fällt, dann fällt er eben — ein Teil des Zentrums kann das dann bejubeln, der andere beklagen; so wird die „Einigkeit" wieder hergestellt.

Die Freunde des Volkes haben Ursache, mit dem bisherigen Gange der Ereignisse zufrieden zu sein.

Politische Uebersicht.

Bülow enthüllt.

Im Reichstag setzte am Mittwoch die zweite Lesung des Etats sehr lebhaft ein. Der Etat des Reichstags, mit dem begonnen wurde, ließ sich zwar rasch erledigen. Dagegen schlug die Diskussion beim Etat des Reichskanzlers erregte Wellen. Graf Bülow mußte nicht weniger als fünfmal das Wort nehmen, bevor ihm sein Gehalt bewilligt wurde. Den Anstoß zu der ganzen Debatte gab der jüngst erst in das Haus eingetretene Dr. Barth. In recht geschickter Weise benutzte der Führer der freisinnigen Vereinigung die Gelegenheit, um den Reichskanzler zu Erklärungen über die Stellung des Bundesrates zu den Initiativanträgen des Reichstages auf erhöhten Schutz der Wahlfreiheit, auf Bewilligung von Diäten, auf Ausdehnung des Rechtes der freien Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten herauszulocken. Der Redner fragte den Grafen Bülow spöttisch, ob er, der die preußische Verfassung nach eigenem Geständnis immer in der Tasche trage, nicht auch Zeit zum Studium der Reichsverfassung fände. In ihr wird ausdrücklich die Gleichberechtigung des Reichstags und des Bundesrats ausgesprochen. Seit Jahren aber ist es Gewohnheit geworden, daß bei der Verhandlung von Initiativanträgen im Plenum kein Vertreter des Bundesrats zu sehen ist. Auch an den Kommissionsberatungen über derartige Anträge nimmt kein Kommissar des Bundesrats teil. Und schließlich läßt der Bundesrat den Reichstag jahrelang auf Antwort warten, und teilt ihm nicht mit, wie er sich zu den Initiativanträgen stellt. Besonders warm legte der Redner dem Reichskanzler als Hüter der Verfassung den Schutz des Wahlgeheimnisses ans Herz und empfahl ihm, dem bekannten Antrag Rickert auf Einführung amtlicher Kuverts und eines Isolierraumes für die Wähler endlich die Zustimmung des Bundesrats zu erwirken. Graf Bülow verschanzte sich in seinen Antworten ganz hinter formalen Einwänden. Auf eine Abänderung des Wahlreglements einzugehen, lehnte er in seiner ersten Rede glatt ab, später drohte er versteckt mit der Möglichkeit einer Verschlechterung des Wahlrechts, wenn überhaupt die Frage des Wahlrechts im Bundesrat angeschnitten würde. Auch in der Behandlung der Initiativanträge solle alles beim alten bleiben. Nach der Darstellung des Reichskanzlers ist der Bundesrat ein geradezu mittelalterliches Regierungsinstrument. Es wird in ihm mit ja und nein von den Vertretern nach den Instruktionen ihrer Regierungen abgestimmt und diese Ja- und Neinmaschinen sind häufig gar nicht in der Lage, die Gründe für ihre Abstimmung abzugeben. Zu der Unverantwortlichkeit des Ministerpräsidenten gesellt sich also nach Graf Bülow auch noch die Unverantwortlichkeit der Bundesratsmitglieder. Was bleibt dann schließlich noch übrig? Beständig berief sich der Reichskanzler auf den Fürsten Bismarck als den Schöpfer der Reichsverfassung. Die Diätenlosigkeit bezeichnete er als Voraussetzung und Ergänzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, wenn auch aus seinen Worten herausklang, daß er von der Zweckmäßigkeit der Diätenverweigerung angesichts des Zolltarifs nicht gerade überzeugt ist. Redensarten wie er sie gebrauchte, werden mit Vorliebe von reaktionären Blättern angewendet, die aus der Gewährung der Diäten ein Geschäft machen möchten, daß die Abgeordneten mit der Zustimmung zur Beseitigung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen bezahlen sollen. Der Freikonservative Tiedemann, der früher die rechte Hand Bismarcks war, besaß die Stirn, diesen Vorschlag im Reichstag offen zu machen. Die Linke gab ihrer Entrüstung darüber kräftigen Ausdruck. Von allen Rednern wurde

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

12. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

IX.

Nachdem Mortensen die Leitung des Volksfreundes übernommen hatte, wurde der Titel des Blattes in: Der wahre Volksfreund umgeändert. Und anstatt der ziemlich dürftigen Ausstattung, die es zur Zeit Vater Hansens hatte, bekam das Blatt nun schönes Papier und neue Typen.

Die Illustrationen dagegen verblieben eine Zeitlang noch von gleich trauriger Art: schwärzliche Klexe mit etwas Weiß darin. Eines Tages aber teilte der Redakteur seinen Abonnenten mit, vom nächsten Vierteljahr an würden die Illustrationen aufhören.

Hierdurch verlor das Blatt selbstverständlich unter den kleinen Leuten einige Abonnenten. Mortensen war aber doch zufrieden. Der wahre Volksfreund fand bald sein Publikum, und was die pekuniäre Seite des Unternehmens betraf, so schien alles ganz über Erwarten gut zu gehen.

Wenn Mortensen am Morgen sein Blatt mit ins Amt brachte, geschah es oft, daß der Jüngste im Bureau es laut vorlas, „wenn man Zeit hatte".

So hatte eines Tages Hiorth gerade die Vorlesung eines Leitartikels beendet, in dem nachgewiesen wurde, daß es heutzutage unmöglich sei, genau zu bestimmen, wer oder was mit dem Ausdruck: Volk gemeint werde; am ehesten bedeute der Ausdruck noch den Beamtenstand, der das Mark des Volkes ausmache — da trat der Großhändler Falck-Olsen in das vorderste Zimmer und fragte nach dem Staatsrat.

Während einer der Herren den Großhändler nach dem Zimmer des Staatsrats wies, zerstreute sich der Zuhörerkreis, der sich um den Wahren Volksfreund versammelt hatte, und jeder suchte seinen Platz in den anstoßenden Zimmern auf, um sich in seinen Papierberg zu vergraben.

Nur Vater Hansen hatte sich nicht gerührt. Er that immer, als hörte er diese Vorlesungen nicht — was ihm indessen nicht viel half, denn so oft etwas kam, von dem man vermutete, daß es ihn ärgern werde, dann wurde es ihm ins Ohr gebrüllt. Vater Hansen war ein warnendes Beispiel für die jüngeren Beamten geworden: an ihm sah man, wohin es führt, abweichende Meinungen zu haben. Alle wußten, daß Hansen nicht weiter kam. Da, wo er jetzt saß, das Gesicht gegen die Wand gekehrt, und in allerhand Abschreibarbeit wühlend, da wußte man, würde er sitzen bleiben bis an sein Lebensende — es sei denn, daß man schließlich gar sich genötigt sehen würde, ihn zu verabschieden; in der letzten Zeit munkelte man nämlich davon, daß Vater Hansen trank.

Als der Staatsrat seinen Freund, den Großhändler, eintreten sah, erkannte er sofort, daß ihm eine Unterredung über geschäftliche Dinge bevorstand, und diese Unterredungen waren im allgemeinen äußerst peinlich.

Deshalb fragte er in gezwungen heiterem Tone, ob der Großhändler gekommen sei, um ihn zu einer Jagdgesellschaft einzuladen. Es war gerade ein stiller klarer Wintertag mit leichtem Frost und Sonnenschein.

Falck-Olsen fing aber in trockenem, geschäftsmäßigem Tone an, von den schlechten Zeiten zu reden, wo man überall Verluste und nirgends Gewinn habe.

„Ja, ja!" unterbrach ihn der Staatsrat. Er ging im Zimmer auf und ab und strich die Hände mit ausgespreizten Fingern so zusammen, daß alle Fingerspitzen sich berührten. „Die inländische Industrie und der Handelsumsatz liegen zur Zeit danieder; das läßt sich nicht leugnen. Wir hatten aber —"

„Ach — das dauert noch lange, bis das besser wird. Ich weiß gar nicht, was hierzulande los ist. Eine Zeitlang geht's — sogar glänzend. Dann aber stockt alles, fällt auseinander, nichts will mehr gedeihen. Da haben wir nun z. B. diese Aktienbank, die bei so viel Champagner gestiftet wurde — im vorigen Jahre und dieses Jahr ging alles schief."

Bei diesen Worten atmete der Staatsrat erleichtert auf. Er hatte schon gefürchtet, der Großhändler sei gekommen, um ihn über die „Schwierigkeit, Geld flüssig zu machen," über „große kontante Vorschüsse" und ähnliche unangenehme Dinge zu unterhalten, mit denen er zu kommen pflegte, wenn er schlechter Laune war. Die Aktienbank war aber ein ganz unschuldiges Gesprächsthema, und der Staatsrat antwortete daher scherzend: „Da muß ich doch wahrhaftig als Mitglied des Aufsichtsrats der Bank gegen Ihre Angriffe protestieren. Wir haben im Gegenteil nach Ausweis des Jahresberichts —"

„Auf den Jahresbericht pfeife ich," antwortete Falck-Olsen voller Wut. „Das ist die geringste Kunst, seine Jahresberichte zu liefern, das kann heutzutage jeder Tölpel. Was aber fehlt, das ist die Geschäftstüchtigkeit in der Direktion. Was soll denn auch herauskommen bei all diesen klugen Juristen, die nie in ihrem Leben ein Geschäft gemacht haben — all diese Staatsräte, Advokaten und Assessoren — die verstehn von der Sache nichts — nein, wahrhaftig, sie verstehn gar nichts davon — sie verstehen nichts von der Sache!"

Jetzt wurde dem Staatsrat klar, um welche „Sache" es sich handelte. Er stieß behutsam die Finger gegen einander und sagte: „Darin haben Sie gewiß zu einem großen Teil recht, mein Freund! — zu einem großen Teil. Aber —" und nun blieb er stehen, faßte seinen Freund beim linken Rockaufschlag und fuhr dann fort: „Es ist doch wunderlich, wunderlich und bedauerlich, daß ein Mann wie Sie so ganz und gar alles Ehrgeizes bar sein muß."

„Wie?" fragte der Großhändler und sah ihn ungewiß an.

„Kommt es Ihnen denn nie zum Bewußtsein, daß Sie allzu wenig von dem Einfluß Gebrauch machen, den Sie haben — oder wenigstens haben könnten. Denken Sie z. B. an die Aktienbank, die Sie eben genannt haben. Wenn der alte Staatsrat Falbe aus der Direktion austritt, was wahrscheinlich in der nächsten Generalversammlung geschehen wird, so wäre doch dieser Direktorposten gerade etwas für Sie!"

„Nun ja — den will ich ja gerade haben," platzte der Großhändler heraus.

„Unmöglich — leider! Ganz unmöglich — lieber Freund!" antwortete der Staatsrat, der wieder im Zimmer auf und abging.

„So?! Darf ich fragen, warum?"

„Weil Konsul Lind wahrscheinlich den erledigten Direktorposten wird haben wollen."

„Wollen? Wollen? Hat man schon so etwas gehört?" rief der Großhändler und lachte gezwungen. „Ich möchte wissen, warum dem alles auf seinen Wink bereit stehen soll; er ist doch nicht viel reicher als ich."

„Gewiß nicht. Aber er ist zuverlässig."

„Was meinen der Herr Staatsrat damit? — Bin ich vielleicht kein zuverlässiger Mann?"

„Ruhig, ruhig, lieber Freund!" sagte Staatsrat Bennechen lächelnd und drückte ihn in einen Stuhl. „Ich bitte, Ihnen meine Meinung durch ein kleines Beispiel erläutern zu dürfen. Wie

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dem Reichskanzler versichert, daß sie mit seinen Antworten alles weniger denn zufrieden seien. Für das Zentrum trat Kaplan Dasbach sehr energisch für den Schutz des Wahlgeheimnisses und für die Gewährung von Diäten ein. Genosse Singer drückte seine Freude darüber aus, daß durch diese Debatte dem Reichskanzler Auge um Auge die Ansichten des Reichstags über die Sicherung des Wahlgeheimnisses und Diätengewährung ausgesprochen werden könne. Mit großer Lebendigkeit wies unser Redner auf die Wahlbeeinflussungen hin, die sich in der Hauptsache gegen die Sozialdemokraten richteten. Sehr skeptisch betrachtete er das Versprechen des Reichskanzlers, daß Remedur eintreten sollte, wenn Wahlmißbräuche erwiesen seien. Bisher hat diese Remedur immer darin bestanden, daß Landräte in höhere Stellen versetzt wurden. Auch der nationalliberale Abg. Bassermann sah in dem Fernbleiben des Bundesrates bei Initiativverhandlungen den Ausdruck einer gewissen Mißachtung, forderte eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses und nannte die Gründe des Reichskanzlers gegen die Diäten nicht stichhaltig. Nur Herr Oertel sprang dem Reichskanzler bei, der ihm dann auch sofort seinen gehorsamsten Dank dafür aussprach. Auch die Freisinnigen Lenzmann und Beckh verurteilten das Verhalten des Reichskanzlers, obwohl dieser es mit einer platten Schmeichelei versucht hatte, den Reichstag eine ausgezeichnete und stattliche Versammlung zu nennen. Herr von Levetzow bat schließlich, doch wenigstens die Ausdehnung der freien Eisenbahnfahrt zu gewähren.

So hat Graf Bülow, der „moderne Mensch", offen sein reaktionäres Herz gezeigt, man kennt ihn jetzt wohl zur Genüge. Und auf den Mann haben unsere vertrauensseligen Liberalen einst Hoffnungen gesetzt! Der Mann ist ein ganzer Mecklenburger!

Nach dem Etat des Reichskanzlers kam der Etat des Reichsamtes des Innern heran. Herr Hitze hielt seine bekannte sozialpolitische Rede. Er verlangte Beschränkungen für gesundheitsschädliche Fabrikbetriebe, einen Kinder- und Bauhandwerkerschutz. Der freisinnige Abg. Müller-Meiningen besprach die den Frauen so ungünstige Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens. Er streifte dabei das Verbot des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins durch den frauenfeindlichen Rektor der Berliner Universität. Nachdem der Abg. Prinz Schönaich-Carolath sich den Ausführungen des Abg. Müller im wesentlichen angeschlossen hatte, antwortete Graf Posadowsky in längerer Rede auf alle an ihn gestellten Fragen. Man wird von dem 12000 Mark-Minister in unserem Lager keine allzugroßen sozialpolitischen Fortschritte für die nächste Zeit erwartet haben, daß er aber jedem Schein einer Reform so ängstlich aus dem Wege gehen würde, übertraf doch alle Erwartungen. Für die Regierung häufen sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, wenn es gilt, irgend eine arbeiterfreundliche Maßregel in die Wirklichkeit zu übersetzen. Die Kinderschutzfrage ist sehr schwierig, das Verbot der Phosphorbenutzung in der Zündholz-Fabrikation sehr bedenklich und so geht es weiter. Freundlicher, als dem Arbeiterschutz steht der Graf dem Frauenstudium gegenüber. Zum Schluß trat Herr v. Kardorff als Spaßvogel auf. Er begeisterte sich gestern plötzlich für das Wahlrecht der Frauen und sprach die Meinung aus, daß dann die Opposition im Reichstag schwächer, als jetzt, vertreten sein würde. — Nach dieser Harlekinade wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Noch immer § 5.

Die Zolltarif-Kommission tagte am Dienstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Singer** das **Material**, das der **Wirtschaftliche Ausschuß** zusammengetragen hat, der Kommission zugängig zu machen. — Vorsitzender v. **Kardorff** behauptet, daß dieses Material streng vertraulich behandelt werden müsse, da sich in ihm viele Mitteilungen befinden, die Geschäftsgeheimnisse sind. — Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses können nicht veröffentlicht werden, da die Aussagen nur durch das Versprechen der Geheimhaltung erlangt worden sind. — **Singer** regt an, das Material wenigstens den Vertretern der Parteien zur Verfügung zu stellen.

Es wird nun in der Beratung der einzelnen Ziffern des § 5 des Tarifgesetzes fortgefahren, der die Gegenstände nennt, die vom Zoll befreit bleiben sollen. Die Beratung setzt ein bei der Ziffer 7, der die Verzehrungsgegenstände der Reisenden für die Reise frei lassen will. Schiffer sollen nur für zwei Tage Proviant frei haben. — **Singer** und **Stadthagen** begründen einen sozialdemokratischen Antrag, wonach den Schiffsmannschaften wenigstens für eine Woche Proviant freigelassen werden soll. Nach kurzer Debatte wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und Ziffer 7 angenommen.

Ziffer 8 behandelt die Fälle des grenzüberschreitenden Reise- und Frachtverkehrs und läßt Fahrzeuge, Pferde und Lastiere zollfrei, wenn sie wieder ins Ausland zurückkehren. — Ein Antrag **Gothein**, der sich gegen die Erschwerungen im Grenzverkehr richtet, soweit beim Transport gebrauchte Waren in Betracht kommen, wird nach kurzer Debatte abgelehnt und Ziffer 8 unverändert **angenommen**.

Staatssekretär Graf Posadowsky kommt auf den obenerwähnten Geschäftsordnungsantrag Singer zurück und erklärt, die Protokolle können **nicht** herausgegeben werden: sie seien vertraulich schon dem Ausland gegenüber. Was etwa zur Ausgabe geeignet sei, solle nochmals geprüft werden. Abg. **Singer**: Die Kommission müsse nachprüfen können, ob die Schlußfolgerungen der Regierung aus dem Material gerechtfertigt seien. Der Vorsitzende erklärt sich mit einem Vorschlage **Singers**, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu besprechen, einverstanden.

Ziffer 9 läßt zollfrei Umschließungen, Schutzdecken und andere Verpackungsmittel, die zum Zwecke der Ausfuhr von Waren eingeführt oder aus dem Auslande wieder zurückgebracht werden, nachdem sie nachweislich zur Verpackung deutscher exportierter Waren gedient haben. Aus den Kreisen der **Juteindustrie** ist vorgeschlagen worden, neue und gebrauchte Jutesäcke beim Eingang zu verzollen und beim Wiederausgang die Hälfte des Zolles zurückzuerhalten. Dieser Vorschlag ist von der Regierung **abgelehnt** worden, weil das Bedürfnis, solche Säcke grundsätzlich anders als andere Umschließungen zu behandeln, nicht genügend begründet, darin durch eine Aufnahme der Vorschrift der Ausfuhr deutscher Erzeugnisse verteuert und die Zollverwaltung bei der Ausführung zu sehr belastigt würde, ohne den Mißbräuche ganz ausgeschlossen werden könnten. Zu dieser Ziffer liegen zwei Anträge vor. Freiherr v. **Wangenheim** (kons.) beantragt, die aus dem Ausland kommenden Säcke zu verzollen. Abg. **Müller**-Fulda (Zentr.) beantragt für den Fall der Annahme des Antrags Wangenheim, die Zuckersäcke freizulassen. (Die Jutefabrikanten haben sich in einer Konferenz mit den Bündlern und anderen Zöllnern geeinigt.) — Frhr. v. **Wangenheim** wundert sich, daß die Regierung dem Wunsche der Jutefabrikanten nicht von vornherein entsprochen hat. — **Müller**-Fulda bekämpft nunmehr den Antrag Wangenheim, der gegen die Grundsätze des Zolltarifs verstößt, und zieht seinen Antrag auf Freilassung der Zuckersäcke zurück.

Unterstaatssekretär v. **Fischer** tritt der Anschauung Müllers bei, daß der Antrag Wangenheim gegen die Grundsätze des Tarifgesetzes verstoße. Der Antrag Wangenheim würde die schlimmsten Zollplackereien verursachen.

Geheimrat **Wermuth** stellt fest, daß die Verzollung der Säcke eine Belastung der Exportindustrie von rund 700000 Mark ergeben würde.

Stadthagen gibt eine Uebersicht über die rapide Entwickelung der Juteindustrie. Einzelne Jutespinnereien zahlten 40 Proz. Dividende. Seit 1879 ist die Juteindustrie um das Siebenfache gewachsen. Der Preis der Rohjute ist seit zehn Jahren von 37,80 M. auf 27,70 M. gesunken. Herr v. Wangenheim wolle etwas geben, um mehr dafür zu bekommen.

Ein **Regierungsvertreter** teilt mit, daß die Jutefabrikanten bei den Vernehmungen behauptet haben, daß mit den vom Ausland eingeführten Säcken Mißbrauch getrieben wird. Sie hätten umfangreiches Material darüber in der Hand. Die Regierung hat um Auslieferung dieses Materials gebeten, es bis jetzt aber nicht erhalten.

Abg. Dr. **Semmler** (natl.) tritt für den Antrag Wangenheim ein, ebenso Abg. **Herold** (Zentr.): Die Mehrheit des Zentrums würde dafür stimmen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) stellt fest, daß wohl in keiner Industrie so viele Ausländer beschäftigt werden, wie in der Jute-Industrie. Aus Galizien und Böhmen werden die Arbeiter herangeschleppt, die für unglaublich billige Löhne arbeiten müssen.

Abg. **Paasche** (natl.) behauptet, die polnischen und galizischen Arbeiter in den Jute-Fabriken erhielten denselben Lohn wie die inländischen. Er tritt für den Sackzoll ein.

Abg. **Singer** (Soz.) verweist darauf, daß der Import fremder Arbeiter auch in der Zeit fortdauert, als die Jutefabriken hohe Dividende zahlten. Die Schiffbeker Jutefabrik zahlt nur 9 M. an wöchentlichem Lohn. Unter den 20000 Arbeitern der Jute-Fabrikation seien mindestens 15000 Ausländer. Die Mitglieder des Bundes der Landwirte vertreten Anträge, die außerhalb des Reichstags gefaßt sind. Eine unkontrollierbare Besprechung in der Wandelhalle beeinflusse die Gesetzgebung des Reiches. Das müsse einmal verboten werden. — **Gamp** (Reichsp.) erwidert, daß es sich bei dem Antrag um Bewahrung der Arbeit für eine heimische Industrie handle, wodurch die Lage der Arbeiter verbessert werde. Nach weiterer Debatte wird der Antrag **Wangenheim** mit 16 gegen 10 Stimmen **angenommen**. Mit der freisinnigen und sozialdemokratischen Minderheit stimmen die Abgg. **Müller**-Fulda (Zentr.), **Sturz** (Zentr.). Die Abgg. v. **Kardorff** (Reichsp.) und **Spahn** (Zentr.) enthalten sich der Stimmen.

Auch am Mittwoch kam die Beratung nicht vom Fleck. Zunächst debattierte man sehr ausführlich über den sozialdemokratischen Antrag: Den Reichskanzler zu ersuchen, den Kommissionsmitgliedern die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses zugänglich zu machen.

Singer: Die Erhebungen des wirtschaftlichen Ausschusses seien einseitig gewesen. Große ausschlaggebende Gruppen, die Konsumenten und die **Arbeiter**, seien nicht gehört, sogar Handelskammern seien nicht hinzugezogen worden. Man müsse wissen, nach welchen Grundsätzen die Erhebungen stattgefunden haben, damit man erkennen kann, nach welcher Richtung hin Ergänzungen notwendig sind.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** würde nichts sehnlicher wünschen, als daß er in der Lage wäre, die Protokolle des wirtschaftlichen Ausschusses vorzulegen. Aber die Auskunftspersonen haben ihre Aussagen nur gegeben, weil ihnen Geheimhaltung ausdrücklich versprochen wurde. In den Protokollen sind viele Mitteilungen enthalten, die sowohl das Geschäftsgeheimnis einzelner Geschäfte, wie ganzer Branchen darstellen. Die Protokolle können nicht gedruckt werden, weil dann eine Geheimhaltung nicht möglich ist, wie die Veröfferung des Zolltarifs bewiesen hat. Bei den einzelnen Tarifpositionen sollen ausreichende Mitteilungen gemacht werden.

An der langen Debatte, die sich nun entspinnt, nehmen Redner aller Parteien teil. Die der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen finden die Geheimhaltung der Erhebungen selbstverständlich und sind mit der Art und Weise, in der sie gemacht wurden, durchaus einverstanden. Die Redner der Freisinnigen und Sozialdemokraten erklärten dagegen, daß eine Mitteilung des Materials an die Kommission keinen Bruch des Versprechens auf Geheimhaltung darstelle. **Broemel** (freis. Vereinig.) führte aus, die Mitteilung der Protokolle ist nicht, weniger um die einzelnen Aussagen, als um die Methode kennen zu lernen, durch welche man zu den Resultaten gekommen sei. Verdacht erregt schon die Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausschusses, bei der man nur notorische Schutzzöllner berücksichtigt habe. Der Verdacht wäre nicht aufgestiegen, wenn man neben Graf Kanitz, Graf Schwerin und Frhr. v. Wangenheim auch Gothein und Singer in den Ausschuß berufen hätte. Bei der Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausschusses hat man den Reichstag zurückgesetzt, wie nie vorher. Erst schließt man den Reichstag von den Erhebungen aus und dann verlangt man, der Reichstag solle die gewonnenen Endresultate als unabänderliche Wahrheit hinnehmen.

Stadthagen (Soz.) hob hervor, daß an der Geheimhaltung ihrer Aussagen die das größte Interesse haben, die wahrheitswidrige Aussagen gemacht haben. Die Gewerkvereine hätten gebeten, gehört zu werden, sind aber **abgewiesen** worden. **Gothein** (freis. Vereinig.) erklärte, der ursprüngliche Fehler bestehe eben darin, daß Diskretion zugesagt worden sei. Wie könne man das angeblich so wertvolle Material verwenden, wenn es kein Abgeordneter kenne, es bleibe nichts weiter übrig, als eine öffentliche Enquete von neuem zu veranstalten, bei der alle Richtungen vertreten seien. **Singer** erwiderte dem zufriedenen Frhrn. v. **Wangenheim**, was er sagen würde, wenn zum wirtschaftlichen Ausschuß keine Mitglieder des Bundes der Landwirte zugezogen wären. Wenn man vom Reichstage verlangt, daß er zu demselben Resultat kommen soll wie die Regierung, dann muß man ihm auch dasselbe Material zugänglich machen. Man hat **die Arbeiter abgewiesen**, um die Erhebungen so einzurichten, daß sie für eine Erhöhung der Zölle sprechen. Darin liegt die Einseitigkeit. Wir wollen die Regierung nicht zum Wortbruch verleiten, aber man will doch nicht etwa behaupten, daß die Aussagen der sämtlichen 2000 Sachverständigen geheim sind. Wenn die Regierung sagt, daß die Kenntnisse, die sie aus den Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses geschöpft habe, in den Motiven niedergelegt seien, dann sind die Ergebnisse der Enquete sehr dürftig gewesen.

Der **Antrag Singer** wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten **abgelehnt**. Ein **Antrag Broemel**, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen unter Benennung der Teile des Zolltarifs, über welche sie vernommen sind, wozu sich Posadowsky und Handelsminister Möller in der Debatte bereit erklärt hatten, wurde **einstimmig angenommen**. Dann wurde in der Beratung des § 5 des Zolltarifgesetzes bei Absatz 10 fortgefahren, der Musterkarten und Muster, jedoch mit Ausschluß der Proben von Nahrungs- und Genußmitteln, für zollfrei erklärt. Ueber einen **Antrag Gothein**, auch Proben von Getreide, Hülsenfrüchten, Malz, Mühlenprodukten und Rohtabak Zollfreiheit zu gewähren, entspann sich eine längere Debatte. Mit der Einschränkung „bis zu 250 Gramm Gewicht" fand der Antrag Annahme. Dann wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. Januar. In der Sitzung der Wahlprüfungskommission des Reichstages am Dienstag abend wurde die Prüfung der Wahl der Abg. Prietze (6. Trier-Ottweiler-St. Wendel, natl.) fortgesetzt. Mehrere Protestbehauptungen über **amtliche Wahlbeeinflussungen** wurden als erheblich betrachtet, daß der Beschluß gefaßt wurde, den Reichstag zu ersuchen, die Wahl des Abg. Prietze **zu beanstanden** und die Veranlassung von Beweiserhebungen zu beschließen.

Herr Prietze ist der Nachfolger des Königs Stumm. Am Dienstag hatte er in der Plenarverhandlung des Reichstages den guten Geschmack, für die Gültigkeit der später kassierten Wahl des Abgeordneten Boltz zu sprechen; dabei stellte er die **schamlosen amtlichen Wahlbeeinflussungen** in Saarabien als „berechtigte Eigentümlichkeiten" hin. Der Reichstag wird nicht zögern, diesen Herrn über die Beurteilung solcher Dinge aufzuklären, indem er auch seine Wahl kassiert.

— Spät kriegt er ihn, aber er kriegt ihn doch, nämlich der lange Möller seinen Orden. Am 18. Januar hatte man ihn offenbar **vergessen**: Herr Möller saß gewiß gerade wieder zwischen seinen beiden Stühlen, so daß man ihn nicht sehen konnte. Aber jetzt veröffentlicht der Reichsanzeiger die Verleihung des Roten Adlerordens zweiter Klasse an ihn.

— Dem **Reichstag** ging eine Resolution **Rösicke**-Dessau und **Pachnicke** zu, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldmöglichst einen Gesetzentwurf über die **Errichtung von Arbeitsnachweisen** vorzulegen, wobei die Gemeinden zur Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweisen angehalten werden können, bei denen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter Vorsitz eines Unparteiischen zu beteiligen sind.

— Den Polit. Nachr. zufolge wird die Vorlage wegen Erwerbung von Kohlenbergwerken im Ruhrgebiet nur die Staatsregierung dem preußischen Abgeordnetenhause zugehen. Die bisherigen Eigentümer haben sich in den mit ihnen unter dem notwendigen Vorbehalt abgeschlossenen Verträgen bis zum 1. April gebunden.

— Die **Budgetkommission des Reichstags** trat am Mittwoch in die Beratung des **Marine-Etats**. Alle Forderungen für Schiffsbauten, nicht nur die geforderten zweiten und dritten Raten, sondern auch die neugeforderten ersten Raten werden bewilligt. Dagegen werden aus finanziellen Gründen **Abstriche bei den Munitionsforderungen** gemacht. Von besonderem Interesse war die Erörterung über die **Einrichtung einer Funkentelegraphie auf den deutschen Schiffen** im Verkehr untereinander, wofür die Reichspostverwaltung in Aussicht genommen sein soll. Im übrigen trug der größere Teil der Beratungen wiederum einen vertraulichen Charakter wegen Mitteilungen, die die Vertreter der Marinebehörden machten.

Bennigsen über das Duell. Rudolf v. Bennigsen, dessen Sohn von dem Ebebrecher Falkenhagen über den Haufen geschossen worden ist, hat als Parlamentarier noch in der letzten Legislaturperiode des Reichstags über das Duell gesprochen. Es handelte sich damals — 1896 — um die Erörterungen

---

Sie sich erinnern werden, gaben Sie vor ein paar Monaten einen Ball. Ich muß sagen: es war ein glänzendes Fest, nichts fehlte, alles war schön, korrekt, würdig — kurz comme il faut. — Und doch! Gestatten Sie, daß ich Sie an eine einzelne Szene erinnere."

Jetzt war der Staatsrat in seinem Element. Kleine geheime Verhandlungen unter vier Augen hinter geschlossenen Thüren waren ihm die liebste Situation. Seine Sprache bekam dann einen vertraulichen Ton — als ob er jeden Augenblick gerade dem, mit dem er sprach, sein Herz öffnete, als ob er bespräche, was er sonst niemand anvertraute — ja eigentlich hätte verschweigen müssen —; das alles that er so, daß die Leute ihn mit der Ueberzeugung verließen, sie seien im Besitze des vollen, unbeschränkten Vertrauens des Staatsrats Brunchen und hätten alle Geheimnisse der Regierung in ihrer Hand. Und doch wurde von ihm gesagt, seine hervorragendste Eigenschaft als Staatsmann sei eine geschmeidige, aber unverbrüchliche Diskretion.

Er rückte seinen Stuhl dicht an den Großhändler heran, wandte ihm sein schönes, offenes Gesicht zu und fuhr fort: „Es erscheint vielleicht merkwürdig, daß der Gast den Wirt kritisiert. Aber wir kennen uns ja, und da wir einmal bei dem Thema sind, mag es mir gestattet sein, eine gewisse Verwunderung über Ihre Einladungen zu äußern."

„Na nu? Das verstehe ich nicht —"

„Sehn Sie, lieber Freund, die Szene, an die ich Sie erinnern wollte, ereignete sich beim Souper, das, in Parenthese bemerkt, charmant war, in Ihrem Arbeitszimmer. Wie Sie sich ohne Zweifel erinnern werden, wurde über Politik disputiert —"

„Ja, aber wissen Sie was, Herr Staatsrat — das thut man heutzutage wahrhaftig überall. Nennen Sie mir eine Gesellschaft, in der nicht über Politik gesprochen wird."

„Ja, sehen Sie, darin liegt es eben —" rief der Staatsrat. „**Gesprochen** wird über Politik überall; darin haben Sie recht, vollkommen recht. Beachten Sie aber wohl den Umstand" — hier schlug der Staatsrat bei jedem Worte dem Großhändler sanft aufs Knie — „wenn über Politik **disputiert** wird, so bedeutet das, daß die Gesellschaft schlecht zusammengesetzt ist! Darin liegt der Unterschied!"

„Es waren doch aber lauter Leute von Bedeutung da. An dem Tage hatte ich gerade viele hervorragende Männer eingeladen, die ich früher nicht das Vergnügen gehabt hatte bei mir zu sehen."

„Ganz richtig — und das war gerade das Unglück. Es waren ja Männer von allen Farben —" der Staatsrat dämpfte die Stimme — „bis zum Rot auf der äußersten Linken! Und es wurden viele höchst unangenehme Dinge gesagt — höchst unangenehme; das muß ich wirklich sagen. Nicht für mich — verstehen Sie wohl. Ich kümmerte mich nicht im geringsten darum; es waren ja die gewöhnlichen Redensarten, und es waren meistens junge Leute, die sie vorbrachten. In Ihrem eigenen Interesse, lieber Freund, finde ich aber —"

„A bah!" unterbrach ihn der Großhändler und stand auf. "Was schiert mich das! Ich bin ein unabhängiger Mann, ein self made man; ich brauche niemand um etwas zu bitten —"

„Nein, nein! Ich sage es ja: Sie sind nicht im geringsten ehrgeizig, und das finde ich beklagenswert, sehr beklagenswert." Der Staatsrat ging auf und ab und wiederholte: „Sehr beklagenswert."

„Na — na — ehrgeizig," sagte Falck. Ebenso schließlich ärgerlich. „Freilich bin ich ehrgeizig, insofern als ich wohl wünsche, den Einfluß zu erlangen, der mir zukommt. Mit Politik will ich aber nichts zu schaffen haben, das hab ich Ihnen hundertmal gesagt; ich nehme nicht Partei — ich stehe zwischen, oder besser, ich stehe über den Parteien."

Er war stolz auf diesen schön klingenden Satz. Der Staatsrat aber wandte sich achselzuckend nach ihm um: „Der Ausdruck, dessen Sie sich bedienen, ist am rechten Ort ganz gut. Ich räume ein, daß er in gewissen Fällen sogar sehr wirkungsvoll angewandt werden kann. Aber — lieber Freund — seien wir uns hier unter vier Augen darüber einig, daß er eine Redensart ist — oder gerade herausgesagt, ein Nonsens. Nein, da ist das alte Wort besser: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist."

„Wen hätte ich denn aber nicht einladen sollen?" fragte der Großhändler schon etwas nachgiebiger.

„Ach, bester Freund, wie können Sie glauben, daß ich so ins Detail gehen will! Ich meinte nur so im allgemeinen, daß die Gesellschaft zu wenig einheitlich war. Mehrere hätten ohne Schaden fehlen können; und umgekehrt vermißte ich manchen, der meiner Meinung nach hätte da sein müssen. Gestatten Sie mir, daß ich von diesen den Redakteur Mortensen namhaft mache, einen Mann der ohne Zweifel —"

„Sie meinen den mit den Streichhölzern! Nein hören Sie — wissen Sie was!"

„Ich will Ihnen im Vertrauen sagen," flüsterte der Staatsrat, „der Mann hat eine **Zukunft**; mag seine Vergangenheit gewesen sein, wie sie will. Haben Sie auf sein Blatt Acht gegeben? Ihnen darf ich es anvertrauen: das Blatt wird eine Bedeutung bekommen — eine sehr große Bedeutung!"

In demselben Augenblick kam Mo mit einigen Papieren ins Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

der das Duell Schrader-Kotze. Bennigsen äußerte sich echt nationalliberal über den privilegierten und reglementierten Mord und sagte u. a.: „Bedauerlich ist ein solcher rechtlicher Zustand, daß Sitte und Auffassung des Ehrbegriffs in manchen Klassen der Bevölkerung — Militär und Zivil — zur Zeit in einzelnen Fällen das Duell beinahe noch zur Notwendigkeit machen." Andererseits aber betonte er, „daß die sogenannten Kartellanten in sehr vielen Fällen, ja, ich möchte sagen, heutzutage fast in allen Fällen, in der Lage sind, das Duell zu verhindern." Ihm selbst sei dies „in mehreren an und für sich recht schwierigen Fällen gelungen". Eifrig trat Bennigsen damals ein für die Beibehaltung der Studentenmensuren, wie Abg. Gröber ihm hernach erwiderte, „mit der Auffassung eines alten Korpsstudenten, aus dem heraus die alte Herrlichkeit des studentischen Korpslebens wieder erklingt und der eigentlich bedauert, daß er nicht selbst noch auf der Mensur auftreten kann".

In einem anderen Falle äußert sich Bennigsen etwas entschiedener; es handelte sich da um den Zweikampf zwischen dem Marineleutnant Ketelholdt und dem Rechtsanwalt Zenker. Ketelholdt hatte die Frau Zenkers verführt und schoß dann den Mann im Duell nieder — genau so wie der Lump Falkenhagen mit dem Landrat von Bennigsen gemacht hat. „Man fragt, so sagte der alte Bennigsen damals, vergebens angesichts eines solchen Falles: wo kann da noch die Rede sein von einer Spur von Sühne für eine begangene That? Wo kann da noch die Spur gefunden werden der Wiederherstellung der verletzten Ehre. Meine Herren, ich glaube, solche Ereignisse haben mit Recht doch eine tiefere Erschütterung hervorgerufen, und namentlich in den Kreisen, die bislang geglaubt haben, daß das Duell nun einmal mit dem Begriff von Ehre in den oberen Ständen etwas absolut notwendig Verbundenes sei."

Verhängnisvoll war stets Halbheit und Lauheit in solchen Dingen: das zeigt sich auch in diesem Falle Bennigsen wieder.

Ein gediegener Politiker. Für die Reichstagsersatzwahl in Schaumburg-Lippe hat sich auch ein Kaufmann Busch in Bückeburg aufstellen lassen. Jetzt ist für ihn ein Wahlaufruf erschienen, in dem sich ein anonymes „Zentralkomitee" an das „hochverehrte Publikum des ganzen Fürstentums" wendet. Das Programm des Herrn Busch ist sehr einfach. Er will „sämtliche Schaumburg-Lipper in anständiger und würdiger Weise vertreten" und verspricht „jedem sein Bestes im Auge haben und vertreten zu wollen, für Aufbesserung aller Leute nach Möglichkeit zu sorgen". Endlich mal einer, der die Politik etwas vereinfacht!

h. **Das Elend der preußischen Volksschule** wird stets größer. Aus der Oberlausitz teilt man neuerdings folgenden Fall mit: In Ostmannsdorf bei Markissa muß ein Lehrer in drei Klassen 115 Kinder ganz allein unterrichten. Sein Kollege, der bisherige zweite Lehrer, muß nämlich vertretungsweise in Ober-Gerlachsheim den Hauptunterricht in der vierklassigen Schule mit 210 Kindern erteilen. Andere Lehrkräfte kann die Regierung nicht auftreiben, es sind keine da. Eine Vermehrung der Zöglinge der Präparandenanstalten konnte nicht erzielt werden. Und dabei hat man alle möglichen Lockmittel angewendet. In den Zeitungen erschienen Anzeigen und Aufrufe, durch die man Anwärter auf das Volksschullehreramt zu gewinnen suchte. Bedürftigen und würdigen Jünglingen stellte man Stipendien in Aussicht. Aber es half nicht. Die in der Hoffnung auf starken Andrang eingerichteten Parallelklassen an den Präparandenanstalten blieben vielfach unbesetzt, selbst die bisher vorhandenen Klassen konnten nicht immer voll besetzt werden. Warum? Die jämmerliche Besoldung, die ganz ungenügende Reliktenversorgung schrecken die jungen Leute ab, sich in Preußen dem Amt eines Volksbildners zu widmen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Von der Strafkammer in Schweidnitz wurde der Schneidermeister Ferdinand Jacob zum zwölftenmal wegen Majestätsbeleidigung, diesmal zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Kleine politische Nachrichten. Wie aus Posen gemeldet wird, hat Major a. D. Endell, der seine Mandate zum Provinziallandtag und zur Landwirtschaftskammer niedergelegt hatte, eine Neuwahl nicht angenommen. — Pfarrer Naumann, der infolge Ueberarbeitung schon seit einigen Wochen sich von seiner politischen und schriftstellerischen Thätigkeit zurückziehen mußte und zur Zeit in Algier Erholung sucht, soll daselbst neuerdings so bedenklich erkrankt sein, daß jedenfalls auf eine baldige Wiederherstellung kaum zu hoffen ist. — Wie aus Elberfeld gemeldet wird, ist die Zahl der noch nicht vergebenen China-Denkmünzen so groß, daß das dortige Bezirkskommando sich veranlaßt gefühlt hat, einen Stellungsbefehl zu erlassen, sich zur Entgegennahme der Denkmünze auf dem Bezirkskommando einzufinden. Danach scheint die Medaille nicht allzusehr begehrt zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Die Gründung einer freien katholischen Universität ist am Sonntag in Salzburg wieder auf der Generalversammlung des Vereins zur Erreichung dieses Zieles als gebieterische Notwendigkeit bezeichnet worden. Die Festrede hielt Pater Freund, der unter anderem sagte: „Es ist eine Schande, zu wissen, daß die Staatsuniversitäten im großen und ganzen Pflanzstätten des Atheismus sind." Es wurde eine große Kundgebung in Wien zu Gunsten der Errichtung einer katholischen Universität in Oesterreich beschlossen. Ein Redner erklärte, der Bürgermeister von Wien, Dr. Lueger sei für die Gründung eingenommen und mit ihm das ganze christliche Wien. Mehrere Redner führten aus, daß die Regierung die Pflicht der Gründung einer staatlichen katholischen Universität habe. Die Regierung hätte die Pflicht, Professoren anzustellen und zu bezahlen, aber nur solche, die wirklich wahrhaft katholisch sind und nicht in Gegensatz mit der Kirche als der obersten Hüterin der Wahrheit kommen.

Demonstrationen gegen Preußen wurden am Mittwoch in Lemberg versucht. Bei der Feier des Jahrestags der Erhebung von 1863 fanden Straßendemonstrationen statt. Die Demonstranten versuchten, vor dem deutschen Konsulat Kundgebungen zu veranstalten, wurden aber vom Militär zerstreut.

Schweiz.

Z. **Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz.** In Biel, der bedeutenden Uhrenindustriestadt im Kanton Bern, hat unsere Partei am Sonntag zwei sehr erfreuliche Wahlerfolge erzielt. Im ersten Wahlgang wurden Genosse Advokat Albrecht mit 1672 gegen [illegible] Stimmen in den Kantonsrat gewählt und mit 1617 gegen [illegible] Stimmen der Uhrenarbeiter Wußhaar als Amtsgerichtssupleant d. h. als Hilfsrichter am Amtsgericht.

Italien.

Streit wegen Ferris. Als der Genosse und Professor der Rechte, Ferri, am Montag sein Kolleg wieder aufnahm, kam es in der Hochschule zu Rom und in ihrer Umgebung zu großen Prügeleien zwischen sozialistischen und monarchistischen Studenten, wobei etwa sechs Studenten mehr oder minder verletzt wurden. Endlich stellten Polizei und Militär die Ruhe wieder her.

Klerikaler Fanatismus. In der Anastasia-Kirche zu Verona predigte vor viertausend Menschen Monsignor Mantini gegen die Ehescheidungsvorlage. Infolge eines antiklerikalen Zwischenrufes entstand in der Kirche eine arge Schlägerei und Panik. Ein Sozialist wurde dabei von Frauen halb tot geschlagen.

Frankreich.

ac. **Eine schwere Niederlage der Sozialisten in Roubaix.** Bei den am letzten Sonntag stattgehabten Kommunalwahlen erlitten die Sozialisten eine schwere Niederlage. Seit dem Jahre 1892 sind in dieser Stadt die Sozialisten am Ruder, sie hatten die Mehrheit im Gemeinderat, und die Verwaltung (Magistrat) war demgemäß in ihren Händen; der Bürgermeister Carette war einer der ihrigen. Vor kurzem hatten die 23 sozialistischen Gemeinderäte und der Bürgermeister ihre Aemter niedergelegt, weil das von ihnen der Kammer vorgelegte Projekt betr. die Reformen des städtischen Oktrois von dieser nicht angenommen wurde. Bei der Wahl am letzten Sonntage wurden von den 23 nur 7 wiedergewählt; die 16 übrigen Sitze wurden von den Reaktionären erobert. Damit haben die Reaktionäre mit 29 Sitzen die überwältigende Majorität gegenüber den 7 Sozialisten erlangt.

In der bürgerlichen Presse ist großer Jubel über den Sieg der Liberalen über die Sozialisten. Der Temps glaubt dies als ein Zeichen deuten zu dürfen für den Rückgang des Sozialismus in Nord-Frankreich. Roubaix habe das „revolutionäre Joch" kennen gelernt und habe es abgeschüttelt. In der Petite République vertritt Gerault-Richard die Meinung, der Schlag gelte nicht dem Sozialismus, sondern nur der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten).

Die Kammer hat die von der Budgetkommission gestrichenen Kredite für die Gesandtschaft beim Papst wieder eingestellt — wie das seit Jahren so üblich ist. Die Budgetkommissionen sind immer mutiger als die Kammer selbst.

Rumänien.

Ministerkrise. Der Finanzminister Pallades hat seine Entlassung gegeben. Der Ministerpräsident Sturdza übernimmt vorläufig das Finanzportefeuille und der Minister der öffentlichen Arbeiten Bratiano vorläufig das des Aeußern.

Südafrika.

Feuer in Kapstadt. Reuters Bureau meldet: Ein gewaltiger Brand wütet im Zentrum der Stadt. Das Feuer ist in dem Warenhause Robertson zum Ausbruch gekommen.

Und immer neue Friedensgerüchte. Der Pariser Rappel berichtet aus dem Haag, daß dort mehrere englische Persönlichkeiten eingetroffen und in der britischen Gesandtschaft empfangen worden seien. Dieselben sollen Beamte des englischen Kolonialministeriums sein und die Weisung haben, eventuell beginnenden Friedensverhandlungen beizuwohnen.

Die Erschießung Scheepers stellt sich nach den Prozeßberichten als zweifelloser Justizmord heraus. Der Gesandte der südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, sandte, einem Brüsseler Drahtbericht der Morning Post zufolge, an die Mächte einen Protest gegen die Hinrichtung des Burenführers Scheepers, worin er die Vollziehung des Urteils einen Mord nennt und erklärt, man könne Botha und De Wet keinen Vorwurf machen, wenn sie jetzt Vergeltung übten. Bewiesen ist Scheepers vor allem nicht, daß er englischer Unterthan, Kapbure ist, wie die Anklage behauptete. Morde hat er nicht begangen — er hat lediglich Spione erschießen lassen.

Nord-Amerika.

Außerordentliche Sicherheitsmaßregeln gegen Anarchistenattentate gehören mit zu den wichtigsten Vorbereitungen zum Empfange des Prinzen Heinrich. Aus Washington wird versichert, daß die Bundesregierung jede erdenkliche Vorkehrung treffen wird, um den Prinzen Heinrich gegen etwaige anarchistische Anschläge zu schützen. Die New-Yorker Polizei inszeniert einen umfangreichen Ueberwachungsdienst und duldet keine öffentlichen Demonstrationen. Der Legislatur von Albany liegt ein Antrag vor, 25000 Doll. jährlich für die Ueberwachung der Anarchisten im Staate New-York auszuwerfen.

Der Bürgermeister von Chikago hat sein Uebriges gethan und dem deutschen Konsul versichert, daß außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen seien, um die Sicherheit des Prinzen Heinrich gegen ein eventuelles, anarchistisches Attentat zu verbürgen!

Eine Demonstration für die Buren. Das Kongreßmitglied Smith hat einen Antrag eingebracht, worin der Staatssekretär aufgefordert wird, bei der englischen Regierung gegen die Hinrichtung des Burenkommandanten Scheepers zu protestieren.

Süd-Amerika.

Die Niederlage der kolumbischen Regierung in dem Gefecht am Montag wird dem Austausch von Gefangenen zugeschrieben, da einige freigelassene Gefangene den Aufständischen Mitteilung über die Absichten der Regierung machten.

Die Morning-Post berichtet aus Newyork, daß der Kommandant des amerikanischen Kriegsschiffes Philadelphia Anweisungen aus Washington empfing, die dahin gehen, nicht zuzulassen, daß ein Angriff auf Panama gemacht werde.

China.

Die Aussichten, so melden die Londoner Times aus Peking unterm 21. d. M., sind, nachdem die Chinesen wieder selber die Verwaltung übernommen haben, durchaus ermutigend. Yuanschikai hat von der Uebernahme seines Postens als Vizekönig von Petschili an mit einer Entschiedenheit und Energie gehandelt, die seines Rufes als tüchtigster, kräftigster Fürst, den China seit Jahren hervorgebracht habe, würdig sind. Die auswärtigen Gesandten sprechen ihre Befriedigung über die freundliche und entgegenkommende Haltung der chinesischen Behörden aus. Betreffs des Mandschureivertrages beobachten die Chinesen seit dem Tode Li-Hung-Tschangs eine korrektere Haltung. Sie erklärten, sie würden keinem Abkommen zustimmen, das die chinesische Oberhoheit abschwäche oder die Vertragsrechte anderer Mächte verletze. Die chinesische Regierung hat die Ermordung eines französischen Missionars in Kwantung auf das tiefste bedauert, und that sofort Schritte, die Schuldigen zu bestrafen, sowie Sühne zu leisten. Eine andere Meldung sagt: Zur Ermordung des französischen Missionars Kai-Si ist die französische Gesandtschaft benachrichtigt worden, daß die Chinesen versichern, der Mord sei nur von Dieben verübt worden und es liege absolut kein Grund für eine feindliche Kundgebung deswegen vor.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die philippinische „Jungfrau von Orleans", Namens Kaneda Kababagan, die langjährige Führerin von 800 Insurgenten, ist auf Luzon gefangen genommen worden. — Von der südlichen Grenze Algiers ist die telegraphische Meldung eingegangen, daß die zur Fremdenlegion gehörigen Kapitäne Cressin und Graften von Eingeborenen des marokkanischen Stammes Ben Zemir auf einem Spaziergange erschossen worden seien. Es verlautet, daß der Stamm Ben Zemir kriegerisch gesinnt sei. Das giebt vielleicht Gelegenheit zur erwünschten marokkanischen Expedition. — Der Kopenhagener Zeitung Politiken zufolge ist der Abschluß des Verkaufsvertrages betr. die dänisch-westindischen Inseln in Washington in den nächsten Tagen zu erwarten.

Parteiangelegenheiten.

Einen geharnischten offenen Brief an den Minister des Innern richtet die Rhein.-Westf. Arbeiterzeitung in ihrer letzten Nummer in der Sache Bredenbeck. Sie erinnert daran, daß der Minister den Genossen Bredenbeck als Sitzredakteur bezeichnet habe, und fährt dann fort:

„Was Sie da gesagt haben, ist eine objektive Unwahrheit. Erstens ist Bredenbeck nicht nur als Strafgefangener, sondern auch schon vorher als Untersuchungsgefangener gefesselt worden. Zweitens ist Bredenbeck nie Sitzredakteur gewesen, sondern in eben dem Grade wirklicher Redakteur, wie Sie wirklicher Minister sind. Wenn Ihrer Darstellung des Falles Berichte Ihrer Behörden zu Grunde liegen, so sind Sie, Herr Minister, von diesen Behörden aufs gröblichste irregeführt worden."

Das Blatt führt dann als Beweis für seine Ausführungen an, daß Genosse Bredenbeck zeitweilig das Blatt ganz allein redigiert habe, daß z. B. mehrere Artikel über [illegible], die mit R. B. unterzeichnet, und allgemein Genossen Bebel zugeschrieben wurden, von ihm verfaßt seien. „Kann das ein Sitzred. [illegible]?" fragt das Blatt zum Schluß mit Recht.

Kleine Partei-Nachrichten. Die Partei-Vereine in Weimar und Apolda (Sachsen-Weimar) nahmen in Sachen Grunwald contra Preßkommission der Erfurter Tribüne Resolutionen an, die die Rücknahme der Kündigung Grunwalds wünschen. — Im sozialdemokratischen Verein Magdeburg wurde beschlossen, von jetzt an monatliche Beiträge an die Hauptkasse in Berlin abzuführen. Für Januar wurden 500 M. geschickt. — In Frankfurt am M. starb im Alter von 65 Jahren der Genosse Schuhmachermeister Ludwig Schneider, der schon seit dem Wirken Ferdinand Lassalles dem Allgemeinen Arbeiterverein bis zu dessen Auflösung und sodann den späteren Organisationen angehörte. In den 1860er und 70er Jahren wirkte Schneider sehr oft als Redner und auch noch unter dem Sozialistengesetz war er für die Agitation thätig. — Bei den Wahlen zur Steuereinschätzung in Wien siegten in drei von 21 Bezirken die sozialdemokratischen Kandidaten. — In Biel (Schweiz) wurde Genosse Advokat Albrecht am Sonntag in den Landtag und der Uhrenarbeiter Wußhaar als Amtsgerichtssupleant gewählt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Textilarbeiterbewegung im Vogtland nimmt, angeregt durch den noch anhaltenden ziemlich guten Geschäftsgang in der Textilindustrie, ihren Fortgang. Vergangenen Sonntag fand eine Textilarbeiterkonferenz statt, auf welcher fast alle Orte vertreten waren und in welcher die Art und Weise des ferneren Vorgehens beraten wurde. Man beschloß, daß die Arbeiter jeder einzelnen Fabrik selbständig mit den bereits voriges Jahr formulierten und bekannten Forderungen an den Unternehmer herantreten und für den Fall der Ablehnung derselben den zuständigen Gewerbeinspektor oder das zuständige Gewerbegericht, soweit ein solches vorhanden, zur Vermittlung anrufen sollen. Auf diese Weise haben bereits die Arbeiter der Firmen C. F. Heyer und Zernich & Colbitz in Greiz eine Lohnaufbesserung und andere Zugeständnisse erhalten. In Reichenbach kam es bei der Firma Schulz & Donner zu einem kurzen Streik, der durch die Entlassung eines Kollegen entstand. Durch ihre Einmütigkeit erreichten die Arbeiter Beseitigung einiger Mißstände und Abschaffung der Ueberstunden-Arbeit.

Der Konflikt in der Berliner Holzindustrie ist durch folgende Vereinbarung zwischen den Vorsitzenden der Arbeitgeber-Organisationen und den Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes beendet worden:

1. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, bei allen Werkstattdifferenzen mit dem Holzarbeiter-Verband zur Beseitigung derselben in Verhandlung zu treten. 2. Während der Verhandlungen dürfen weder Sperren verhängt, noch Posten gestellt werden; auch sollen Neueinstellungen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden. 3. Bei allen Differenzen dürfen die in Frage kommenden Arbeiter während der Verhandlungen die Arbeit nicht niederlegen. 4. Der Holzarbeiter-Verband zieht die bestehenden Sperren und Streikposten zurück.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Düsseldorfer Steinarbeiter und Poliseure können auf einen hübschen Sieg zurückblicken. Sie waren mit der Groß-Marmorschleiferei wegen Lohndifferenzen aneinandergeraten, die Arbeiter traten in den Ausstand und die Firma mußte der guten Organisation der Streikenden nachgeben. Die Forderungen der Arbeiter sind glatt bewilligt worden. — Die Weberwaren-Fabrikanten in Enschede (Holland) haben am Sonnabend durch Anschlag bekannt gegeben, daß, falls die Deckenweber der Firma Van Heek die Arbeit nicht bis zum 1. Februar wieder aufgenommen haben, sämtliche Fabriken geschlossen werden sollen. Der Streik, der jetzt 100 Arbeiter umfaßt, würde dadurch auf 3000 ausgedehnt werden. — Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn in Genua sind wegen der Entlassung einiger Angestellten in den Ausstand getreten. Es fahren nur wenige Wagen und diese unter polizeilicher Bewachung.

Handel und Wandel.

Neues vom Treberskandal. Der Frankf. Ztg. wird aus Kassel gemeldet, daß der Konkursverwalter im Konkurse der Trebertrocknungsgesellschaft, Justizrat Fries, sowie der gesamte Gläubigerausschuß ihre Aemter niedergelegt haben.

Sächsische Handelsbank in Liquidation. Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz per 30. September 1901, die gleichzeitig die Eröffnungsbilanz der Liquidation bildet. Nach Abschreibungen in Höhe von 148 921 M. auf Effekten, 38 838 M. auf Konsortialkonto, 346 112 M. auf Kontokorrentkonto und 10 922 M. auf Inventar, sowie nach Uebertragung der Reserve und des Delkrederekontos auf Gewinn- und Verlustkonto ergiebt sich per 30. September 1901 ein Verlust von 385 313 M. bei einem Aktienkapital von 5 250 000 Mark.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

-e. **Ein Andenken an die Marineschauspiele wurde dem Stro**hhutfabrikanten und derzeitigem Privatier A. auf der Stephanienstraße in mehr als fühlbarer Weise zu teil. Am 14. oder 15. August vorigen Jahres war A. in einem Restaurant der Pillnitzerstraße mit einem anderen Gaste in Unterhaltung über Heer und Flotte begriffen, wobei sich der Musiker Scholz von der Kapelle der Marineschauspiele in sehr unförmlicher Weise ins Gespräch mischte, was ihm von A. untersagt wurde. Als der Musiker dieser Anweisung nicht Folge gab, kam es zwischen beiden zu Auseinandersetzungen, wobei Scholz eine Ohrfeige bekam, und später noch eine als Abschiedsgruß auf der Straße. Von dieser Abfuhr ihres Kollegen unterrichtet, scheint die gesamte Kapelle beschlossen zu haben, eine General-Revanche an A., der im eingangs erwähnten Restaurant eine bekannte Persönlichkeit ist, zu nehmen. Am 17. August, etwa 3 Uhr morgens, kam A. etwas „müde" wieder in jenes Lokal, wo die Mehrzahl der „Marine"-Musiker ebenfalls eine ziemlich ausgedehnte Kneiperei vollführten. Ihn sehen und in corpore auf ihn zustürzen, war eins. Der Ueberraschte, der infolge seiner „Müdigkeit" wenig aktionsfähig war, bemerkte doch noch, was seiner wartete, er warf noch schleunigst seinem Gegner einen Stuhl vor die Füße, und suchte zu entkommen. Er wurde jedoch erwischt und hier bereits derartig verhauen, daß er niederstürzte. Es gelang ihm jedoch, sich wieder aufzuraffen, und nach der Stephanienstraße einzubiegen, um, wie er hoffte, seine Wohnung ungehindert zu erreichen. Am Ausgange der kleineren Hälfte des Zapberges bemerkte er drei seiner Gegner hinter sich, augenscheinlich bemüht, ihn einem größeren Trupp, der sich in einiger Entfernung vor ihm befand, in die Arme zu treiben. A. mußte wohl oder übel dem Haufen entgegen und trotzdem er dies mit seinem Taschenmesser in der Hand that, ist er noch einmal ergriffen, zu Boden geworfen und derartig geschlagen und mit Füßen getreten worden, daß er liegen blieb und später ins Karolahaus gebracht werden mußte. Später wurde dann bekanntlich so ziemlich die ganze Kapelle verhaftet und einige Tage in Untersuchung behalten. Wer an jenem Morgen die „Hauptarbeit" gethan hat, ist schwer festzustellen. Scholz und sein Kollege Reinsberger wurden besonders gesehen und muß Scholz — Reinsberger ist zur Zeit in Hamburg, gegen ihn wird besonders verhandelt werden — vorläufig und wahrscheinlich allein büßen. Er erhält 1 Monat Gefängnis zuerkannt.

Neues aus aller Welt.

Eisenbahnunfall in Gelsenkirchen. Auf dem Bahnhof entgleisten Mittwoch früh eine Lokomotive und mehrere Wagen eines Kohlenzuges. Hierbei wurde ein Bahnbeamter getötet und ein anderer leicht verletzt.

Schiffsunglück. Die oldenburgische Galiote Hoffnung ging in der Nordsee mit der ganzen Besatzung unter.

Krieg im Frieden. Aus Frankreich wird gemeldet: An Bord des Panzerschiffes Jauréguiberry explodierte bei Schießübungen im Golf von Juan ein Torpedo. Es ist eine Person verunglückt. Das Schiff ist sofort nach Toulon zurückgekehrt.

Konstantinopel, 22. Januar. Amtlich ist die Pest in Bagdad festgestellt worden. Die Ausdehnung der Seuche hat bereits einen bedenklichen Charakter angenommen. Die Todesfälle nehmen zu. In den letzten Tagen wurden durch amtliche Feststellung [illegible] Erkrankungen und vier Todesfälle konstatiert.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/3
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vermischtes.

Der Zolltarif auf der Unfallstation. Auf einer Unfallstation in Berlin wurde vorgestern abend eine Zolltarifdebatte beendet, von deren stürmischem Verlauf diverse Binden und Pflaster zeugen. An dem Stammtisch einer Gastwirtschaft in der Chausseestraße hatten sich nach vollbrachter Tagesarbeit verschiedene Handwerker und Kaufleute eingefunden, die, wie allabendlich, an dem runden Tische kommunale und Staatspolitik trieben. Diesmal war die Zolltarifdebatte angesetzt, bei der viel für und wider gesprochen wurde. Einen besonderen Streitpunkt bildete die Obstruktion der Tarifgegner, wobei sich die friedfertigen Stammtischler mit ziemlich scharfen, beleidigenden Ausdrücken beschimpften. Die Versuche des Wirtes, Ruhe zu stiften, waren vergeblich, und schließlich kam es zu Thätlichkeiten. Erst nach längerer Mühe gelang es dem Wirt, mit Hilfe seiner Angestellten das Gefecht dadurch zu beenden, daß er Tarifgegner und Anhänger auf die Straße beförderte. Drei der „Politiker" hatten derartige Verletzungen erlitten, daß sie sich auf der Unfallstation verbinden lassen mußten.

Briefkasten.

P. M., Porsbergstraße. Ihre Mitteilung, die Arbeitslosenzählung betreffend, verwenden wir gelegentlich einmal.

Fr. B. K., Altenberger Straße. Karten sind an der Abendkasse zu haben, und kosten, wenn wir nicht irren, 1 M.

A. M., Hechtstraße. Freilich muß Ihre Mutter Unfallrente bekommen. Die Höhe der Rente richtet sich nach dem Verdienst und nach dem Grade der Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit.

O. A., Ebersbach. Sie werden wohl zahlen müssen.

Kohlenhändlerin Leutewitz betreffend. Machen Sie doch Anzeige beim Gemeindevorstand, event. bei der Amtshauptmannschaft, wenn der Gendarm nicht einschreitet. Veröffentlichen können wir so etwas nicht ohne weiteres.

H. D., Dürerplatz. In diesem Falle ist der Hauswirt für den Schaden verantwortlich.

Dresdener Theater.

Freitag den 24. Januar.

Opernhaus. (Altstadt.) Marie, die Tochter des Regiments. Komische Oper in zwei Akten. Musik von Gaetano Donizetti. — Pechvogel und Lachtaube. Tanzmärchen in drei Bildern von K. Scheidemantel. Choreographischer Teil von A. Berger. Musik von Georg Pittrich. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Miß Hobbs. Lustspiel in vier Aufzügen von Jerome K. Jerome. Deutsch von Wilhelm Wolters. Anfang ½8 Uhr.

Residenztheater. Gastspiel des Herrn Adalbert Matkowsky. Das große Licht. Schauspiel in vier Aufzügen von Felix Philippi. Anfang ½8 Uhr.

Central-Theater.
Variete.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewöhnl. Preise.

Victoria-Salon.
Nur noch kurze Zeit!
Mörbitz als „städt. Strassenkehrer"
und das humoristische grosse Januar-Programm.
Anfang ½8 Uhr.
Im Tunnel von 7 (Sonntags v. 5) Uhr an: Künstler-Ensemble „Abadie".

Parteigenossen! Verlangt in allen Lokalen, in denen Ihr verkehrt, Eure Zeitung!

Sozialdem. Verein für Dresden-Altstadt.
Freitag den 24. Januar 1902, abends 8½ Uhr
General-Versammlung
im Saale des **Trianons**, Eingang Schützenplatz und Ostra-Allee.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. — Debatte zu jedem Punkt.
Im Interesse des Vereins erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder.
Die Mitgliedskarte ist als Legitimation beim Eintritt vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Verband der Sattler und verw. Berufe.
Sonnabend den 25. Januar abends 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
im Pirnaischen Hof, Schreiberg. 13, I.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Dichter der Arbeit. Referent: Gen. **Baumeister.**
2. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
3. Gewerkschaftliches.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Circus M. Schumann
Dresden-Löbtau — Circusgebäude — Dresden-Löbtau.
Morgen, Freitag den 24. Januar 1902, abends 8 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung
mit einem außergewöhnlichen, hervorragenden Programm.
Nur noch einige Tage! Herr **Julius Seeth** mit seiner sensationellen **Löwengruppe** von **25** männlichen Löwen.
Arco u. Riva mit ihrer seiltanzenden Kolossal-Dame.
Franklins Truppe, vorzügl. Akrobaten. | **Freiheitsdressuren**, vorgef. v. Herrn **Hugo Herzog.**
Direktor **M. Schumann** mit seinen neuesten **Schul- u. Freiheitsdressuren.** — Auftr. aller Künstler u. Künstlerinnen.
Sonnabend den 25. Januar 1902, abends 8 Uhr
Gala-Elite-Vorstellung.

Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen.
Sonnabend den 25. Januar, abends ½9 Uhr
Oeffentl. Mitglieder-Versammlung
im Gasthaus zum Senefelder, Maulbachstr. 16
Tages-Ordnung:
1. An Stelle des zuerst angesetzten Themas: **Vortrag über Darwinismus.** Redner: Herr **Redakteur Block.**
2. Bericht der Gaukommission und Neuwahl derselben.
3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (½9 Uhr) erwartet
Der Einberufer.

Zentral-Kranken-Kasse der Sattler u. Berufsgen. Deutschl. Hoffnung.
Verwaltung **Dresden.**
Sonntag den 26. Januar 1902 vorm. 11 Uhr
vierteli. Hauptversammlung
i. Rest. Pirnaischer Hof, Schreiberg. 13.
Tages-Ordnung:
1. Berichte. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der ausscheid. Verwaltungsmitglieder. 3. Allg. Kassenangelegenh.
Der Wichtigkeit der T.-O. wegen ist das Erscheinen Pflicht. **D. Bev.**

Kinderwagen in vorzüglichster Ausführung erstaunlich billig. **Löbtau**, Poststraße 8. **Gottlebe.**

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres unvergeßlichen Gatten und Vaters, des Sattlers **August Görner**, sage ich allen Verwandten und Freunden, besonders seinen lieben Kollegen, für das ehrende Geleit nebst Tragen zu seiner Ruhestätte, auch für den reichen Blumenschmuck, meinen tiefgefühltesten Dank.
Frau verw. Görner nebst Kind.

2 prachtv., echte Bettstellen m. guten Federmatr., wie neu, à 40 M., hübsch. Sofa 20 M., Chaiselongue 22 M., Ruhestuhl 7 M., Sofatisch 6 M., Buffett 21 M., Schreibsekretär 25 M. sofort zu verk. Schössergasse 21, 1.

Tüchtiger Polierer
auf **Akkordzithern** gesucht.
J. T. Müller
Bärensteiner Straße

Achtung! Schmiede. Achtung!
Sonnabend d. 25. Januar, abends punkt 9 Uhr
Oeffentl. Versammlung
im **Trianon** (Eingang nur Schützenplatz).
Tages-Ordnung:
1. Der Wert der Organisation in der gegenwärtigen Krise.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 3. Bericht vom Arbeitsnachweis. 4. Gewerkschaftliches.
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**
NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß **Dienstag d. 28. Januar** unser **Winterball mit Kotillon** im Trianon stattfindet und ersuche deshalb für rege Beteiligung zu agitieren. **Der Vorstand.**

Strickwolle, schwarz u. farb., Pfd. 180 Pf., **woll. Socken** 29 Pf., echt schw. **Strümpfe** 58 Pf. **Normal-Hosen, -Hemden, -Socken** 70, 80, 150 Pf., **woll. Aermelwesten** 110, **Strickhandschuhe** 27, **Blaudruckschürzen** 28, **Herrenschürzen** 70, echte **Barch.-hemden** (Herren u. Frauen) 98, Kinder 12, **Velour-Frauenhosen** 87, **Unterrock** 98 Pf. **Kaufhaus J. Ikenberg, Döhlen.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß am 21. d. M. unser lieber Genosse
Otto Bernsdorf
langjähr. Vertrauensm. d. Zentralv. deutsch. Böttcher, sanft entschlafen ist. — Ehre seinem Andenken.
Die trauernden Hinterlassenen.
Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause, Gr. Frohngasse 16, aus statt.

Männer-Gesang-Verein „Liederhalle".
Todes-Anzeige.
Mittwoch den 22. Januar verschied nach langem schweren Leiden unser langjähriges treues Mitglied
Gustav Becker.
Wir verlieren in ihm eines unserer besten Mitglieder, stets war er bestrebt, den Verein nach Kräften zu unterstützen. Der Verein wird ihm ein treues Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 25. Januar, nachmittags ¼4 Uhr, vom Trauerhause (Blasewitzer Straße 61) nach dem Trinitatisfriedhof statt. **Der Vorstand.**

Feinste frische kleine
Fettpöklinge
½ Pfund **15** Pf.
Kiste, ca. 8 Pfund schwer, **130** Pf.
bei 10 Kisten à **125** Pf.
„ 50 „ à **115** „
Feinste große fette
Vollpöklinge
3 Stück **25** Pf.
Kiste, ca. 35 Stück, **225** Pf.
bei 5 Kisten à **220** Pf.
Feinste fette Prima-
Sprotten
½ Pfund **20** Pf.
Postkolli (2 Kisten) **320** Pf.
Feinster frischer
Seefisch
Pfund **35** und **40** Pf.
Lebendfrische
Tafelkarpfen
Pfund **60** Pf.
Frische fette
Backfische
Pfund **25** Pf.
Beste neue weißfleischige
Vollheringe
10 Stück **40, 45** und **50** Pf.
E. Paschky.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Allen lieben Freunden, Bekannten und Parteigenossen hierdurch die Nachricht, daß heute früh ½6 Uhr mein herzensguter Gatte, unser Vater, Schwieger- und Großvater
Herr Restaurateur Friedr. Gustav Becker
nach längeren Leiden im 53. Lebensjahre sanft und ruhig entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags ¼4 Uhr, vom Trauerhause (Blasewitzer Straße 61) aus nach dem Trinitatisfriedhof statt.
Um stilles Beileid bittet
Dresden, 22. Januar 1902.
Die trauernde Gattin
Ida Becker
im Namen der Hinterbliebenen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Dresden).
Sonntag den 26. Januar, vorm. 11 Uhr
General-Versammlung
im großen Saale des **Trianons**, Schützenplatz.
Tages-Ordnung:
1. **Jahresbericht.**
2. **Neuwahlen.**
3. **Stellungnahme und event. Beratung von Anträgen zu:**
a) **dem am 26. Februar stattfindenden Gautag;**
b) **dem am 4. Mai stattfindenden Verbandstag;**
c) **dem im Juni stattfindenden Gewerkschaftskongreß.**
4. **Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten.**
Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich. Niemand bleibe aus nichtigen Gründen, aus Trägheit und Gleichgültigkeit dieser Versammlung fern. — Legitimation durch Verbandsbuch erforderlich.
Die Ortsverwaltung.
NB. Die ausgegebenen Fragebogen zur Zählung der beschäftigten Berufskollegen nach dem Stand vom 25. Januar sind in obiger Versammlung bestimmt zurückzugeben. Kollegen aus Werkstätten, welche noch keinen Fragebogen erhalten haben, können denselben zur sofortigen Ausfüllung dort in Empfang nehmen. Wir erwarten auch hierbei das regste Interesse und die weitgehendste Unterstützung der Mitglieder.

Fünfter Reichstagswahlkreis Dresden-Altst.
Todes-Anzeige.
Den Parteigenossen die traurige Nachricht, daß der Parteigenosse, frühere Schriftsetzer, zuletzt Restaurateur
Gustav Becker
im Alter von 53 Jahren am Mittwoch den 22. Januar, früh ½6 Uhr, nach längeren Leiden, die er sich durch die Kriegsstrapazen im Feldzug 1870 zugezogen und seitdem mit Rheumatismus geplagt, gestorben ist. Becker wurde auf Grund des Belagerungszustandes der Bismarckschen Regierungskunst ausgewiesen und Frau und vier Kinder folgten ihm ins Exil, trotzdem er Inhaber des Eisernen Kreuzes war, welches ihm das dankbare Vaterland für geleistete Dienste verliehen.
Wir verlieren in ihm einen treuen langjährigen Parteigenossen, welcher sich auch in Dresden der besonderen Gunst der Behörde zu erfreuen hatte durch Haussuchungen nach einer Kiste aus der Schweiz.
Die Beerdigung findet Sonnabend den 25. Januar, nachmittags ¼4 Uhr, vom Trauerhause, Blasewitzer Straße 61, nach dem Trinitatisfriedhof statt. Die Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren. Um zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen ersucht
Dresden, den 22. Januar 1902. **Der Vertrauensmann.** E. Messing.

Verein für Volksbildung
Amalienstr. 12, I.
Sonnabend d. 25. Januar, abds. 9 Uhr
Vortrag:
Warum nennt man d. Schwindsucht die Krankheit des armen Mannes?
Ref.: Herr **Dr. med. Schlossmann.**
Gäste willkommen.

Getr. Herrenkleider verkauft spottb. **Gebler**, Drehgasse 8, III.

Masken-Garderobe verleiht bill. **B. Unger**, Ebersbacherstr. 17, I, n. d. Trianon.

Bischofsplatz 8
16 Pf.
ein Pfund Maccaronibruch
24 Pf.
ein Pfund Volksnudeln
14 Pf.
ein Pfund feine fr. Salzbohnen
sowie jeden Freitag von 8 Uhr an
frische selbstgeräuch. Heringe
empfiehlt
Julius Kleinstück.

Eine Wohnung sofort und eine zum 1. April zu vermieten Döhlen, Bergstraße 5.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden. Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/4
SLUB Wir führen Wissen.
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 18. | Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1902. | 13. Jahrgang.

Reichstag.

124. Sitzung. Mittwoch den 22. Januar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Bülow und Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Etats.

Die Beratung beginnt mit dem Etat des Reichstags.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) bringt die Wegeverhältnisse in der Umgebung des Reichstags zur Sprache. Sollten es die Finanzen des [illegible] Staates nicht gestatten, Bürgersteige auf diesen, bei schlechtem Wetter unpassierbaren Wegen anzulegen (Heiterkeit), so übernimmt vielleicht der Reichstag diese Ausgabe. Redner bittet ferner den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten bessere Plätze in den Theatern als bisher erhalten.

Präsident Graf **Ballestrem** sagt zu, eine Erfüllung dieser Wünsche versuchen zu wollen.

Abg. **Dr. Müller**-Sagan (freis. Volksp.) beschwert sich über das häufig schlechte Essen in der Reichstags-Restauration.

Präsident Graf **Ballestrem** verweist den Vorredner auf den in der Restauration befindlichen Beschwerdekasten.

Der Etat des Reichstags wird hierauf bewilligt. Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Abg. **Dr. Barth** (freis. Vereinig.) kommt auf die Aeußerungen des Reichskanzlers im Abgeordnetenhause, daß er die Verfassung streng zu wahren bestrebt sei, zurück, er erinnert an die in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung des Bundesrats und Reichstags und beschwert sich über die Behandlung, die den Initiativanträgen des Reichstags seitens des Bundesrats fast regelmäßig zu teil wird. Diese Behandlung entspricht nicht der Gleichberechtigung der beiden Faktoren. Bei Initiativanträgen nimmt fast nie ein Vertreter des Bundesrats teil, sowohl im Plenum wie in den Kommissionen. Die Anträge werden fast regelmäßig ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Der so und so oft angenommene Diätenantrag hat noch immer nicht die Zustimmung des Bundesrates gefunden. Das Wahlgeheimnis wird auch nicht genügend gewahrt. Der Antrag auf Einheitlichkeit der Stimmzettel ist ebenfalls vom Bundesrat noch immer nicht genehmigt worden. Der Antrag auf amtliche Kouverts für die Stimmzettel und Isolierräume für ihre Abgabe mußte von uns von neuem eingebracht werden. Ich erwarte, daß der Reichskanzler seinen Einfluß dahin geltend macht, daß dieser Antrag nunmehr angenommen wird. In anderen Ländern bestehen schon seit langem Einrichtungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses.

Ferner möchte ich den Reichskanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß alles vermieden werde, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika trüben könnte. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß bei der Ankündigung der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika sich dort so außerordentliche Sympathie für Deutschland zeigte. Ich hoffe, daß diese guten Beziehungen stets mit Eifer werden gepflegt werden. (Bravo! links.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners muß ich betonen, daß ich mir meiner Pflicht voll bewußt bin, daß bei den Wahlhandlungen die bestehenden Gesetze aufs das schärfste beobachtet werden. Einer Abänderung der Wahlvorschriften im Sinne des Herrn Barth bin ich aber nicht in der Lage zuzustimmen. (Unruhe links. Zustimmung rechts.)

Herr Dr. Barth hat dann weiter die Stellung der Regierung gegenüber Initiativanträgen aus diesem hohen Hause berührt. Gegenüber diesen Ausführungen muß ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich bei den Verhandlungen über Initiativanträge in diesem hohen Hause vertreten lassen wollen. (Unruhe links.) Wenn ich gewiß auch durchdrungen bin von der Ueberzeugung, daß die Parität zwischen Reichstag und Reichsregierung erhalten bleiben muß, so wird Herr Dr. Barth doch nicht bestreiten können, daß schon manche Vorlage der verbündeten Regierungen nicht angenommen worden ist von diesem hohen Hause (Heiterkeit) und daß daher auch die verbündeten Regierungen in der Lage sein müssen, einem Initiativantrage aus diesem Hause zuzustimmen oder nicht.

Was unser Verhältnis zu Amerika anlangt, so sind wir von dem Wunsche erfüllt, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung die traditionellen, guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, die uns mit Amerika verbinden. Ein Ausdruck dieser Beziehungen ist die Reise des Bruders unseres Kaisers und ich bin überzeugt, daß der Empfang, den er finden wird, den Gefühlen zweier großen Nationen entsprechen wird. (Bravo! rechts.)

Abg. **Dasbach** (Zentr.): Wenn sich Uebelstände aus dem Wahlgesetz ergeben, so muß der Reichskanzler dem Reichstag zu Hilfe kommen. Alle Wahlprüfungen zeigen, daß die geheime Wahl nicht garantiert ist. Der Reichstag hat noch keine Silbe erfahren über die Gründe, weshalb der Bundesrat das Gesetz zum Schutz der Wahlfreiheit abgelehnt hat. Will man durch die Nichtgewährung von Diäten erklären, daß der Reichstag minderwertig ist gegenüber den Herren vom Bundesrat? Wenn die Regierung die Obstruktion gegen den Zolltarif verhindern will, dann ist die Nichtgewährung von Diäten das [illegible] Mittel. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Singer** (Soz.): Der Herr Reichskanzler sagt, der Bundesrat habe selbst zu entscheiden, ob er sich bei den Beratungen des Reichstags vertreten lassen wolle, er vertritt jedoch die Ansicht, daß der Reichstag auf den Bundesrat Rücksicht nehmen müsse. Hätte man gewußt, daß der Reichstag vom Bundesrat derartig als quantité négligeable behandelt werden würde, hätte man seinerzeit sicher eine Bestimmung getroffen, die den Bundesrat verpflichtet, auch bei Verhandlungen über Initiativanträge zugegen zu sein. Die Regierung und der Reichskanzler sehen den Reichstag nur als notwendige Erscheinung im öffentlichen Leben an und würden es am liebsten sehen, wenn er gar nicht da wäre. Wie Sie (nach rechts) das Wahlrecht ändern würden, wissen wir ja genau. **Sie würden das allgemeine geheime Wahlrecht überhaupt abschaffen.** Der Herr Reichskanzler hatte durchaus kein Recht, sich einfach hinter die formalen Einwände zu verschanzen. Wenn er dafür sorgen will, daß den Gesetzen nachgekommen wird, dann muß er auch dahin kommen, Gesetze, die sich zur Wahrung des Wahlgeheimnisses als unzulänglich erwiesen haben, entsprechend abzuändern. Wenn auch das Gesetz in grober Weise verletzt wird, so hat doch der Abgeordnete 3 oder 4 Jahre hier und übt alle Rechte eines Volksvertreters aus. Die Verhandlungen der Wahlprüfungskommission zeigen, daß in großen Industriezentren und besonders im Königreich Sachsen keiner Partei gegenüber die Wahlfreiheit so verletzt würde, wie der Sozialdemokratie gegenüber, und das unter dem allerdings nicht ausgesprochenen Beifall der maßgebenden Regierungsstellen. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Verletzungen der Gesetze [illegible] des Beifalls der maßgebenden Regierungsstellen erfreuen.

Abg. **Singer**: Den Arbeitern wird besonders der Gebrauch der Wahlfreiheit getrübt. Die Unternehmer in den Industriegegenden treffen Einrichtungen, die die Wahlfreiheit ganz aufheben. Da sollte man doch nicht davon sprechen, daß der Wille der Bevölkerung hier zum Ausdruck kommt. An der Wahlfreiheit aller haben alle Parteien ein Interesse. In Deutschland haben gerade die Oppositionsparteien unter dem geltenden Wahlreglement zu leiden. Am schwersten wird namentlich die Sozialdemokratie geschädigt.

Wenn in meiner Partei nicht so große Opferwilligkeit und Energie vorhanden wäre, würden wir bei den Anstrengungen der Beamten und Unternehmer nicht in so großer Zahl hier sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In der Wahlrechtsfrage, in der fast der ganze Reichstag einig ist, sollte der Herr Reichskanzler endlich dafür sorgen, daß der Wille des Volkes durch die Gesetzgebung zur Wahrheit würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: Wenn die verbündeten Regierungen auf eine Abänderung des Wahlgesetzes eingingen, dann würden dabei sehr viele anders geartete Wünsche zur Erledigung kommen müssen. Es ist wohl begreiflich, daß die Regierung es sich dreimal überlegt, bevor sie eine so schwierige und wichtige Materie anschneidet (Sehr wahr! links), während sie sich bisher von dem Grundsatz leiten ließ: quieta non movere. (Zustimmung rechts. Unruhe links.) Das bestehende Wahlverfahren ist doch nicht so traurig, da es einen so ausgezeichneten und [illegible] Reichstag hervorgebracht hat. (Heiterkeit und Unruhe links.)

Die Diätenlosigkeit hat Fürst Bismarck als Voraussetzung, als Korrelat für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht in die Verfassung eingeführt. Es mag eine offene Frage bleiben, ob es politisch oder nicht politisch, zweckmäßig oder unzweckmäßig ist, die bestehende Diätenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Ein Vorwurf aber kann der Regierung aus der Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Zustandes billigerweise nicht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Bassermann** (natl.): Es liegt unzweifelhaft eine gewisse Nichtachtung der Thätigkeit des Reichstags darin, daß der Bundesrat sich bei Beratung von Initiativanträgen nicht vertreten läßt. Wir werden auch nicht billigen, daß die Antwort auf von uns angenommene Anträge jahrelang auf sich warten läßt und schließlich doch ohne Angabe von Gründen erfolgt. Der Wunsch nach besserer Sicherung des Wahlgeheimnisses ist im Reichstag sehr allgemein.

Abg. **Dr. Oertel** (kons.): Die Stellung des Herrn Reichskanzlers bedeutet keine Verletzung der Verfassung. Der Bundesrat hat das Recht, Initiativanträge abzulehnen; wünschenswert wäre, wenn er die Gründe mitteilte. Das Wahlgesetz, das noch heute den Namen [illegible] führt, halte ich mit der Würde des Reichstages für nicht vereinbar. Je mehr es verschiedene Wahlmittel giebt, desto schwerer wird die Kontrolle der Wähler. (Stürm. Heiterkeit.) Die Anwesenheitsgelder würden auch uns zu gute kommen, ich sehe sie aber nicht als Entlohnung der Abgeordneten für ihre Thätigkeit an. Unsere Arbeit kann nicht hoch genug bezahlt werden. (Große Heiterkeit.) Die Mehrheit meiner politischen Freunde ist nicht gesonnen, das freie, gleiche Wahlrecht irgendwie preiszugeben. Das gilt auch von der Mehrheit der jetzt dem Reichstag angehörenden Konservativen.

Auf die Aufrechterhaltung guter Beziehungen legen wir denselben Wert, wie Herr Dr. Barth. Diese dürfen aber nicht erkauft werden durch [illegible] Zugeständnisse. Die Erklärung des Reichskanzlers begrüße ich mit Freuden. Ich hoffe, daß diese Verhältnisse durch die Reise des kaiserlichen Bruders gefördert werden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf **Bülow**: Wenn ich von unserem Verhältnis gegenüber Amerika gesagt habe, daß es auf der Basis voller gegenseitiger Achtung beruht, so ist dies auch die selbstverständliche Voraussetzung für unser Verhältnis zu allen anderen Staaten.

Der Vorredner hat gesagt, es wäre ihm lieber, wenn die Regierung im Falle der Ablehnung von Initiativanträgen die Gründe der Ablehnung diesem hohen Hause angeben wollte. Das ist den verbündeten Regierungen aber nicht immer möglich, denn die Vertreter im Bundesrat stimmen ab auf Grund der Instruktionen, die sie von ihren Regierungen erhalten haben. Sie stimmen ab nach der Mehrheit, und sie sind oft gar nicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimme für oder wider einen Antrag abgegeben wird. (Anhaltendes Gelächter und Zurufe links.)

Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß der Reichstag, wenn er sich gegenüber einem Antrag der verbündeten Regierungen ablehnend verhält, nicht immer alle Gründe angiebt, und daß diese Gründe oft sehr widersprechender Natur sind. Das haben wir beim Zolltarif gesehen, der von beiden Seiten mit sehr verschiedenen Gründen bekämpft worden ist.

Abg. **Dasbach** (Zentr.): Den Vorwurf des Abg. Singer, als ob das Zentrum nur aus Liebedienerei gegen die Regierung einer Vorlage zustimme, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir treiben eine rein sachliche Politik auf Grund ausgleichender Gerechtigkeit. — Art. 20 der Verfassung garantiert den deutschen Wählern eine geheime Abstimmung. Daß manche Gesetzwidrigkeiten der jetzigen Praxis damit in direktem Widerspruch stehen, haben wir bei der gestrigen Wahlprüfung des Abg. Bein gesehen. — Warum sträubt sich die Regierung gegen die Gewährung von Diäten? Die Diäten sind nicht eine Bezahlung für unsere Thätigkeit, sondern lediglich ein Ersatz für unsere Ausgaben, die uns durch unsere parlamentarische Thätigkeit erwachsen.

Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.): Um den erhabenen Posten der Bundesratsmitglieder, wie sie ihn nach der Stellung des Herrn Reichskanzler haben, beneide ich die Herren wirklich nicht. (Sehr richtig! links.) Nach ihm dürfen sie selbst im Bundesrat keine Gründe angeben, sondern haben einfach den Mund aufzumachen, um die Stellung ihrer Regierung zu verkünden. **Keine Gründe anzugeben ist ja besonders bequem, wenn man keine Gründe hat oder wenn man mit Angabe der wirklichen Gründe an gewissen Stellen Anstoß erregen würde.** (Sehr gut! links.) — Es ist ja bekannt, daß Graf Bülow selbst für die Gewährung von Diäten ist und daß die Annahme unseres Antrages nur an dem Widerspruch einer gewissen Stelle scheitert, die nicht will, daß diese Leute — Männer — diese Herren (Gelächter) Diäten erhalten.

Reichskanzler Graf **Bülow**: Gegenüber Herrn Lenzmann bemerke ich, daß, wenn die verbündeten Regierungen sich bei der Beratung von Initiativanträgen im Reichstag nicht vertreten lassen, darin nicht eine Unhöflichkeit liegt. — Initiativanträge des Reichstags verfolgen übrigens sehr oft den Zweck, eine Anregung zu sein für das gesetzgeberische Vorgehen der Regierung und in der That sind zahlreiche Gesetzentwürfe der verbündeten Regierungen aus solchen Anregungen hervorgegangen.

Abg. **v. Levetzow** (kons.) spricht sich für Gewährung der freien Eisenbahnfahrt durch das ganze Reich aus. (Ironisches Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. **Beckh** (freis. Volksp.): Mit unserem Antrag, der bereits die Zustimmung einiger Regierungen gefunden hat, wollen wir ein freies Wahlrecht schaffen, das nicht nur auf dem Papier steht, sondern dem Geiste der Verfassung wirklich entspricht. (Bravo! links.)

Abg. **v. Tiedemann** (Reichsp.): Wenn Sie die Diätenlosigkeit beseitigen wollen, müssen Sie auch die geheime Abstimmung beseitigen. Dann ließe sich darüber reden. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Reichskanzlers wird bewilligt, ebenso der Etat der Reichskanzlei.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Die Beratung beginnt bei den fortdauernden Ausgaben mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs“ in Verbindung mit einer Resolution Bassermann und Dr. Hitze (Zentr.), Roesicke-Dessau (wildlib.), die Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben verlangt.

Abg. Dr. **Hitze** (Zentr.): Ich begrüße die Erweiterung der arbeitsstatistischen Kommission zu einer besonderen Abteilung des statistischen Amtes. Die Thätigkeit dieser neuen Behörde wird eine sehr ausgedehnte sein. Es ist uns ein Nachtrag über die [illegible]

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Königl. Opernhaus. (Iphigenia auf Tauris.) Gestern hatte das Opernhaus seinen großen Tag, oder richtiger, Abend. Gestern mußte man dabei gewesen sein, um mitreden zu können; das große Ereignis, die Sensation beherrschte die Stimmung des Abends. Beileibe galt das nicht etwa dem aufgeführten Stück; Glucks taurische Iphigenia ist zwar eins der großen klassischen Meisterwerke, aber, Hand aufs Herz, geliebtes Publikum, wärst Du auch in so dichten Massen ins Theater geströmt, wenn es gestern nicht auch noch gegolten hätte, das Wiederleben Fräulein Charlotte Hubns zu feiern? Ja, sie ist wieder da, die viel vermißte, die lang entbehrte, und da vor dreiviertel Jahren die Abschiedsfeier [illegible], so feierte man das Wiederkommen um so mehr. Wie lange nach Schluß der Oper das Händeklatschen und Füßetrampeln noch gedauert hat, kann ich aus eigener Anschauung nicht sagen, als die Sache nach zirka sieben Minuten noch kein Ende hatte, habe ich den Schauplatz dieses fröhlichen Treibens verlassen. Fräulein Hubn kann mit der Aufnahme, die sie gestern abend wieder fand, zufrieden sein. Sie ist ihr auch zu gönnen, einmal als Entschädigung für die Vorkommnisse, die ihr seiner Zeit den Abschied von der hiesigen Bühne [illegible], dann aber auch für ihre thatsächlich ausgezeichneten Leistungen. Was man früher zum Teil an ihnen auszusetzen hatte, das Nachlassen der stimmlichen Vorzüge, gestern schien es verschwunden: Fräulein Hubn war brillant bei Stimme. Und sie handhabte diese wieder mit altgewohnter Meisterschaft, sie wußte mit ihr wieder jede durch die Rolle gegebene Seelenregung dem Zuhörer klar und deutlich zu machen. Selbst, wenn man mit geschlossenem Auge nur hingehört hätte, ihr eindrucks- und ausdrucksvolles Spiel außer Betracht ließ, an dem Klang der Stimme allein, die sie handhabt wie ein guter Schauspieler sein Sprechorgan, hätte uns die jeweilige Stimmung Iphigeniens klar werden können. Fräulein Hubn scheint Glück zu haben; bei einem Wiederauftreten nach längerer Zeit und eigentümlichen Abschiedsumständen auch noch gut bei Stimme sein, das ist mehr, als man von den Göttern billigerweise verlangen kann. Vielleicht klang es uns gestern auch nur so gut, weil wir in der Zwischenzeit, sehen wir von dem Gastspiel Schumann-Heink ab, durchaus nicht verwöhnt worden sind durch außergewöhnliche Stimmschönheit im Fache der Altistinnen.

Den Untergrund für die gestrige „Hetz“ gab, wie schon gesagt, Iphigenia auf Tauris, große Oper in vier Akten, Musik von C. W. v. Gluck. Daß die Oper auch einen Textdichter hat und noch einen, dessen Anteil an dem Erfolge des Werkes bei dessen ersten Aufführungen gar nicht gering anzuschlagen ist, verschweigt der Theaterzettel. Sogar die im Theater ausgegebenen Textbücher lassen nach dem Namen des Textdichters vergeblich suchen. So sei denn zu Nutz und Frommen des das Theater besuchenden Publikums und einer hohen Generaldirektion hier verraten, daß der Text von François Guillard herrührt und eine Opernbearbeitung einer gleichnamigen Tragödie von Guimond de la Touche darstellt. Gerade bei Gluck, der bei seinem Schaffen stark von seinen Textdichtern abhängig war, ist die [illegible] wenigstens der Namen derselben nicht unwichtig. Ist doch sogar sein Reformwerk des Opernwesens teilweise auf Einflüsse seiner Librettisten zurückzuführen. Ueber den Mann, der ihm die Bücher seiner ersten unsterblichen Opern lieferte, schreibt Gluck: „Ja, ich würde mir einen noch empfindlicheren Vorwurf machen, wenn ich die Erfindung einer neuen Gattung der italienischen Oper, deren Tendenz der Erfolg gerechtfertigt hat, mir allein zuschreiben lassen wollte. Es ist der Herr von Calzabigi, dem das vornehmliche Verdienst darum gebührt usw.“ Im selben Briefe findet sich noch eine interessante Stelle: „Die genannten Werke (Orpheus, Alceste, Paris und Helena) sind voll der glücklichen Situationen, der furchtbaren und erhabenen Züge, die dem Tonsetzer Gelegenheit geben, große Leidenschaften auszudrücken und eine energische, ergreifende Musik zu schaffen.“ Besser und treffender kann man Glucks Schaffen nicht charakterisieren, als es in diesen, seinen eigenen Worten geschieht. Gluck brachte die Dramatik in die einzelnen Abschnitte, in die nach damaliger Sitte eine Oper zerfiel, in die Rezitative und Arien, er lieferte aber, und das mag besonders betont werden, keine das ganze Werk gleichmäßig übergreifende dramatische Musik. Das zu schaffen war erst viel späteren Zeiten vorbehalten. „Glückliche Situationen, voll der erhabensten Züge“, darin bestehen die Opern Glucks. Darin liegt es aber auch, daß uns heute in seinen Werken einzelnes veraltet vorkommt. Wo die Dramatik der Situation große Leidenschaft erfordert, wo erschütternde Töne nötig sind, wo zürnendes Wüten und weihevolles Flehen an die Götter zu vertonen ist, da ist Glucks Musik auch jetzt noch von unmittelbarer, großer Wirkung. Da übt sie noch den starken Bann aus, dem sich kein empfindsamer Zuhörer entziehen kann. Das sind die Meisterstellen. Dagegen kann man es ruhig aussprechen, daß dort, wo die Leidenschaft, das große Empfinden nicht zu vertonen sind, seine Musik uns heute kindlich naiv vorkommt. Solche Stellen aber, z. B. die Chöre der Skythen in der taurischen Iphigenia, brachten zu ihrer Zeit eine geradezu außerordentliche Wirkung hervor. Man hat deswegen unternommen, einzelne Opern Glucks einer Umarbeitung zu unterziehen, um das, was uns heute zwecklos vorkommt, uns wieder mundgerecht zu machen. In dem erstgenannten Falle, der Bearbeitung der Iphigenia in Aulis durch Rich. Wagner, ist dadurch ein Werk entstanden, das mit vollem Recht an die Stelle des Originals getreten ist. Auch die Iphigenia auf Tauris ist neuerdings bearbeitet worden und zwar von Rich. Strauß. Worin diese Bearbeitung besteht, ist mir nicht bekannt.

Der Gedanke, der Gluck zu seinem großen Werke trieb, die Musik der Bühne aus der Schablone und Manier zu befreien, der gilt auch heute noch. An den Grundsätzen, von denen er sich leiten ließ, dürfen wir nicht rütteln. Befreiung von der Routine soll auch heute noch die Parole sein. Und einen Ausspruch des Meisters, den wir in der Vorrede zu seiner Oper Alceste finden, mögen uns alle die beherzigen, vor allem aber jene diejenigen [illegible], die das Neue, weil es sich nicht mit dem eingelernten theoretischen Schulkram vereinigen läßt, bedingungslos in Grund und Boden verdammen: „Endlich war mir keine Regel [illegible], daß ich sie nicht einem Mute der Wirkung zuliebe aufopfern zu dürfen glaubte.“ Der Mann, der das schrieb, gilt heute als Klassiker.

Die Aufführung der Iphigenie auf Tauris hatte sich, auch abgesehen von der Mitwirkung des Fräulein Hubn in der Titelrolle, einer erstklassigen Besetzung zu erfreuen. In den männlichen Rollen teilten sich die Herren Scheidemantel, Anthes und Perron und wenn alle drei gesanglich und darstellerisch gleich vorzüglich [illegible]. Daß auch kleine Rollen mit ersten Kräften besetzt waren, z. B. mit den Damen [illegible] und Nast, gereichte der Aufführung nur zum Vorteil. Schuchs musikalische Leitung [illegible], alles in fortwährendem Feuer zu halten. Mit der Inszenierung der großen [illegible] Stellen kann ich mich [illegible] erklären. Die Chöre der Priesterinnen [illegible] stimmungsvoller [illegible].

* *
*

Aus Land der Mitternachtssonne [illegible] gestern abend der Volksbildungsverein [illegible] und Gäste, die den Saal des Trianons bis auf den letzten Platz füllten. Herr Dr. Walter, [illegible] Lektor der deutschen Sprache an der schwedischen Universität zu Lund, war der Führer. Und er war ein guter Führer. In lebendiger Weise wußte er im ersten Teil Land und Leute, Sitten und Gebräuche zu schildern und [illegible] mit [illegible] Poesien und ihren anschaulichen Naturschilderungen fesselte ersichtlich die zahlreiche Zuhörerschaft, die mit unverhohlener Aufmerksamkeit lauschte. Auch als [illegible] war der Vortrag recht gut. Er führte nicht bloß ins [illegible] Gebiet der Mitternachtssonne, sondern durch ganz Schweden. Sieht man davon ab, daß der Redner die Schattenseiten der schwedischen Zustände fast ganz ignorierte,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

mungen des Bundesrates zum Betriebsstättenschutz zugegangen. Aber abgesehen von den Verordnungen betreffend die Bäckerei, die Bauhandwerker und die Ziegelhäuser ist wenig geschehen. Für einen sanitären Maximalarbeitstag habe ich mich schon in den 80er Jahren ausgesprochen. Für jede Kategorie von Arbeitern müßten gewisse Normativbestimmungen getroffen werden, bei denen die weiblichen und jugendlichen Arbeiter besonders zu berücksichtigen sind. — Ich erkenne an, daß auf sozialpolitischem Gebiete manches geschehen ist, ich bedauere aber auch, daß vieles Notwendige nicht geschehen ist. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (freis. Volksp.): Die Beunruhigung, die sich weiter Kreise betr. des Verbots der Phosphorzündhölzer bemächtigte, ist vollkommen ungerechtfertigt. Die Bewohner des Thüringer Waldes, wo die Phosphorzündhölzer fabriziert werden, sollten uns dankbar sein, wenn wir zur Beseitigung der schrecklichen Krankheit der Phosphornekrose durch Verbot der Phosphorzündhölzer beitragen. Von diesen brennbaren Dingen, den Streichhölzern, komme ich auf eine andere brennende Frage (Heiterkeit), die Frauenfrage. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Graf Posadowsky dafür sorgen wollte, daß die Behandlung der studierenden Frauen an allen Universitäten des Reichs eine gleichmäßige werde. An der Universität Königsberg i. P. lassen drei Professoren der Anatomie Frauen überhaupt nicht zu, während an derselben Universität die Frauen das medizinische Examen ablegen dürfen. Das ist doch ein Widersinn. — Ebenso müßte das Recht der Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen teilnehmen zu dürfen, über das ganze Reich gleichmäßig geregelt werden. In Preußen werden aber die Frauen in Bezug auf das Versammlungsrecht wie Lehrlinge behandelt. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Man scheint sich jetzt in der Regierung vor den Frauen mehr zu fürchten, als vor den Sozialdemokraten. Vor kurzem wurde sogar der sozialwissenschaftliche Studentenverein aufgelöst, bloß deshalb, weil nach einem Vortrag über das Problem der Frauenfrage auch Damen an der Diskussion teilnehmen durften. Die Frauen müssen als vollwertige Menschen auch im öffentlichen Leben anerkannt werden. (Bravo! links.)

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath**: Der Herr Vorredner verlangt zu viel auf einmal. Ich konstatiere mit Freuden, daß auf dem Gebiete des Frauenstudiums in den letzten zehn Jahren bedeutende Fortschritte erzielt sind.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Der Gesetzentwurf betr. den Kinderschutz wird hoffentlich noch in dieser Session dem Reichstage vorgelegt werden können. Die Verordnung betr. die Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wird morgen oder Freitag veröffentlicht werden.

Daß es wenig erwünscht war, die Frist des Inkrafttretens der Zinkhüttenverordnung bis 1903 hinauszuschieben, gebe ich zu. Die preußische Regierung hat aber nachgewiesen, daß es vielen Zinkhütten nicht möglich wäre, bis 1901 die nötigen baulichen Veränderungen vorzunehmen. Auf keinen Fall wird aber die Frist noch weiter verlängert werden.

Um eine Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu erzielen, haben wir eine Zusammenstellung der Fabriken, in denen eine solche Beschränkung erfolgt ist, den Regierungen mitgeteilt. — Ein Gesetzentwurf betr. ein gerichtliches Spezialverfahren zur Beschwerden der Handlungsgehilfen liegt dem Reichsjustizamt vor. — Die Frage des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe liegt den Handwerkskammern zur Prüfung vor.

Gegen den Wunsch des Herrn Müller-Meiningen, auch den Geschmacksmustern einen 30jährigen Schutz zu gewähren, habe ich die schwersten Bedenken. Das würde unsere Industrie lähmen und die Behörde zu sehr belasten. Der Verkauf von [illegible] nach Gewicht kann durch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht angeordnet werden. Die Frage liegt dem Reichskanzler vor.

Die Beseitigung des Phosphors bei der Herstellung von Zündhölzchen bietet viel Schwierigkeiten.

Die größten Gegner der Erweiterung der Frauenthätigkeit sind bekanntlich die Männer. (Heiterkeit.) Das ist eben das Unglück, und da die Männer bei weitem nicht alle vorhandenen Frauen heiraten (Große Heiterkeit), so sind die Frauen auf selbständigen Erwerb angewiesen. Die chirurgische Befähigung der Frauen hat ein sehr berühmter Mann, der der Linken sehr nahe steht, mir gegenüber in Zweifel gezogen. Freilich, fügte er hinzu, so viel wie die große Menge der gewöhnlichen Aerzte leistet, werden die Frauen auch noch leisten können. (Heiterkeit.) Zugegeben ist, daß wir den Frauen mehr Gelegenheit geben müssen, ihr Brot zu erwerben.

Herr Hitze hat dann nach der Krankenkassennovelle gefragt. Herr Hitze weiß, wie schmerzlich ich die bestehende Lücke zwischen Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetz empfinde; ich kann aber heute noch keinen Zeitpunkt angeben, an dem die Novelle dem Hause vorgelegt werden wird. Ich glaube alle in der Diskussion gestellten Fragen hiermit beantwortet zu haben. (Beifall.)

Abg. v. **Kardorff** (Reichsp.): Herr Müller-Meiningen hat recht, wenn er von der Rückständigkeit unserer Frauenrechte sprach. Ich stehe sogar dem Vorschlag sympathisch gegenüber, den Frauen das Wahlrecht zu verleihen. (Ruf links: Wir sind einverstanden!) Ich glaube aber, eine Anzahl von Herren da drüben würde nicht hier sitzen, wenn die Frauen hier mitwählen dürften. (Heiterkeit.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten.

Mannschaftsbäder und Grubenhygieine.

Seitdem das Landes-Medizinalkollegium die Errichtung von Mannschaftsbädern auf den Gruben im Interesse der Gesundheit der Bergleute als nötig bezeichnete, sind einige Grubenbesitzer, leider nur einige, diesem Winke gefolgt. Der größte Teil hat natürlich allerlei mehr oder weniger ehrliche „Bedenken“ gegen die Bäder und selbst die zunehmenden Krankheiten auf den Gruben ohne Bäder, ändern den Starrsinn der Werkbesitzer nicht. Der große Nutzen der Bäder in gesundheitlicher Beziehung ist soeben, und das sogar von amtlicher Seite, glänzend nachgewiesen worden. Auf den Schächten im **Steinkohlenwerk Zauckerode** wurden fast zu allererst in Sachsen (1895, 96 und 97) diese Mannschaftsbäder errichtet und in dem soeben erschienenen Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen für 1901 wird der Erfolg von dem dortigen Werksarzt Dr. med. Fernbacher dargelegt. Zunächst bestätigt dieser Arzt unsere schon früher oft angeführte Behauptung, daß sich die Grubenbarone der Einrichtung nur widersetzen, weil sie die (gar nicht einmal bedeutenden) Kosten scheuen! An der Hand der Kranken-Journale weist Herr F. klipp und klar nach, daß die Brausebäder entschieden einen günstigen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiter der Zauckeroder Werke ausgeübt haben. Auch die selbst in Arbeiterkreisen früher noch vertretene Ansicht, daß man sich durch das tägliche Baden leichterer Kälte, wenn man von den Gruben weite Wegstrecken nach Hause hätte, ist widerlegt worden. Bekanntlich setzt sich in dem Schweiß der Bergleute der Kohlenstaub so fest, daß er nur durch äußerst gründliches Reinigen entfernt werden kann. Wie und wo hätte aber der Bergmann zu Hause genügend Gelegenheit dazu? Dabei ist eine Brause nötig, „denn“, so sagt Herr Dr. F., „dabei spült sich der losgelöste feine Staub sogleich vom Körper ab und selbst der tiefer sitzende wird durch das fortwährend von oben herabfallende Wasser förmlich aus den Hautporen herausgearbeitet.“ Sodann erinnert F. daran, daß man sich mit nassen Kleidern, in denen eine langsame Wärmeentziehung auf der Hautoberfläche stattfindet, viel leichter erkälte, als wenn der Bergmann nach dem Bade mit einem Wärmegefühl auf der Haut und mit trockenen Kleidern selbst bei Wind und Wetter ins Freie gehe. Ferner wirke die Brause auf die Hautnerven günstig ein, indem eine Blutüberfüllung der Haut und eine lebhaftere Blutzirkulation der Lungen usw. dadurch erzeugt würde, und die Folge davon ist eine bessere Blutversorgung sämtlicher Körperteile. Daß ferner ein tägliches Bad eine Kräftigung der Organe und eine erhöhte Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten aller Art erzeugt, ist für jeden, außer einem sächsischen Grubenbaron, auch ohne Beweise von dem berühmten Spezialisten auf diesem Gebiete, Prof. Winternitz, klar. Fernbacher berichtet dann, daß außerdem für Kranke ein sogen. Heilbad eingerichtet und mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattet sei. Speziell darüber sagt er u. a.: „Wenn auch eine derartige Einrichtung anfangs mit einem Kostenaufwande verbunden ist, so macht sich diese Ausgabe doch bald bezahlt durch die Hebung der Gesundheit der gesamten Belegschaft, was sich deutlich an der Verringerung der Krankheitsfälle und an der Verminderung der Krankheitstage erkennen läßt.“

Das sagt ein Werksarzt eines königlichen Werkes, und die Arbeiter, die soeben erst wieder diese Brausebäder usw. in einer Petition vom sächsischen Landtage fordern, verschreit man in den Amtsblättern als unbotmäßig und frech! Fernbacher hat nun über sämtliche vorgekommenen Krankheiten auf den Schächten Buch geführt und in einer interessanten Tabelle die Ermittelungen zusammengestellt. Aus dieser Tabelle geht u. a. folgendes hervor: Bei einer Belegschaft von zusammen 3615 Mann (für 3 Jahre) kamen von 1895—97 im ganzen 3859 Krankheitsfälle vor, das sind pro Tausend 1067. Nach 1897 wurden hauptsächlich die Bäder eingeführt, und der Erfolg ist der, daß in den drei Jahren 1898, 99 und 1900 trotz erhöhter Belegschaft (3820 Personen) nur 3349 Krankheitsfälle vorkamen, das sind pro Tausend 877! Interessant sind ferner die Aufzeichnungen über die Verteilung der Krankheitsfälle auf einzelne Krankheiten. So erkrankten in den ersten drei Jahren an Luftröhren- und Lungenkatarrh 307 Personen (pro Tausend 85), in den letzten drei Jahren, als die Bäder da waren, nur noch 179 (pro Tausend 47). An Halsentzündung, Rachen- und Kehlkopfkatarrh erkrankten von 1895—97 insgesamt 185 Personen (pro Tausend 51), von 1898—1900 nur noch 153 (pro Tausend 40). An akutem Lungenkatarrh und chronischer Lungenschwindsucht von 1895 bis 1897 zusammen 86 Personen (pro Tausend 24), von 1898 bis 1900 57 (pro Tausend 15). Ja, die Fälle von Muskelrheumatismus sanken von 165 (pro Tausend 46) auf 117 (pro Tausend 17) herab! Und das Resultat ist zu verzeichnen, trotzdem im Jahre 1898 eine Influenza-Epidemie bestand, die allein 119 Personen daran erkranken ließ.

Wenn nun auch die F.sche Beweisführung nicht vollständig ist, so genügt sie aber, den Kohlenbaronen, die sich bisher noch nicht zu der Einrichtung aufgeschwungen, laut in die Ohren zu schreien, welche Unterlassungssünde sie begehen, wenn sie für diese für die Arbeiter so wichtige Frage nur solch Hohnlächeln haben! Die soeben dem Landtage zugegangene Petition der organisierten Bergarbeiter (worüber wir bereits in Nr. 292 vom 17. Dezember 1901 berichten konnten) fordert daher als Punkt 8 die obligatorische Einführung von Brause-Badeeinrichtungen durch Landesgesetz. Ueberhaupt haben die organisierten Bergarbeiter dieser Frage schon lange ihre stetste Aufmerksamkeit zugewandt und auch in dem von den Sozialdemokraten vom Reiche geforderten Reichsberggesetz war diese Einrichtung vorgesehen. Allein aus Furcht vor Schmälerung der fetten Dividenden stemmen sich die sächsischen Grubenbesitzer gegen diese Maßregel, die, wie das Zeugnis eines Sachverständigen beweist, einfach eine unbedingt notwendige ist! Und die Regierung ignorierte die Forderung einfach, weil sie — von Sozialdemokraten gestellt war!

Man kann neugierig darauf sein, ob die Mannschaftsbäder jetzt, wo ihre gesundheitliche Bedeutung von dieser Seite dargelegt ist, von den Grubenbesitzern auch noch mit der billigen Phrase von der „sozialdemokratischen Forderung“ abgethan werden. Den Bergleuten aber erwächst aus diesen Ausführungen ein neuer Grund, mit allen Kräften ihren Verband zu stärken, damit sie auf die Einsicht und Vernunft der Kohlenbarone nicht erst zu warten brauchen, sondern sich ihre im Interesse ihrer Gesundheit nötigen Einrichtungen auf allen Schächten aus eigener Kraft erzwingen können!

Daß die Saalabtreiberei, die von ordnungsparteilichen Wahlmachern mit Eifer gegen die Sozialdemokratie inszeniert wird, eine zweischneidige Waffe ist, erfahren jetzt die Konservativen und Nationalliberalen bei der Nachwahl im 10. Reichstagswahlkreis. Die durch die bereits näher bezeichnete ordnungsparteiliche Hetze — die natürlich auch Gegenmaßnahmen der Arbeiter zeitigen mußte — scheu gewordenen Gastwirte in diesem Kreise verweigern jetzt den Herren Dr. Vogel und Sachße ebenfalls die Säle oder geben diese nur unter Bedingungen, die unseren Genossen günstig sind. So weigerten sich in Roßwein sämtliche Saalbesitzer, den Nationalliberalen ihre Lokale zu einer Versammlung zu überlassen. Nur mit Mühe und Not erhielten sie nach langem Drängen den kleinen Ratskellersaal. In Marbach bekommen die Herren Nationalliberalen bis zur Stunde keinen Saal, außer sie gehen dorthin, wo die Sozialisten sonst tagen. Die Konservativen mußten im gleichen Orte dem Wirte erst völlige Redefreiheit für alle Parteien zusichern, sonst hätte Herr Sachße seinen Vortrag auf einem Kartoffelacker halten können. In Geringswalde mußten die Konservativen und Nationalliberalen die Gastfreundschaft jenes Wirtes in Anspruch nehmen, bei dem sonst nur der „Umsturz“ verkehrt. In Hartha erhielten die Konservativen nur mit Ach und Krach die Zusage eines Wirtes, der seinen Saal den Sozialdemokraten nicht zur Verfügung stellt. Unsere Genossen ersuchten den Wirt, wenigstens zur Bedingung zu machen, daß Redefreiheit gewährt werde. Der Wirt zog aber aus irgend einem Grunde vor, den Konservativen den Stuhl vor die Thüre zu setzen. Jetzt schreien nun dieselben Herren, die seit Jahren ihren ganzen Einfluß aufgewandt haben, die Wirte einzuschüchtern, daß sie Arbeitern die Säle verweigern, darüber, daß die Sozialdemokraten ihnen die Säle abgetrieben hätten, was natürlich Schwindel ist. Die Sozialdemokratie verschmäht Mittel, die die Parteien nötig haben, die das Geschäft des Volksbetrugs und der Volksentrechtung hinter verschlossenen Thüren betreiben. Die Ordnungshelden sind in Hartha in die Grube gefallen, die sie den Arbeitern gegraben haben.

---

daß er namentlich das schwedische Proletariat ganz aus seiner Darstellung fortließ, so erhielt man ein ganz instruktives, anschauliches Bild des schwedischen Lebens. Sehr interessant waren auch die Beschreibungen, die der Vortragende vom Lande und Leben der Lappen gab, die er aus eigener Anschauung sehr genau kennen lernte; seine Schilderung der Mitternachtssonne erhob sich zu künstlerischer Plastik. Lebhafter Beifall bezeugte den Dank der Zuhörer. Im zweiten Teil führte Herr Dr. Walter eine große Reihe guter farbiger Photographien aus Schweden und Lappland vor, Landschaften, Städteansichten, Volkstypen, Häuser- und Kircheninterieurs darstellend, endend mit der Wiedergabe der zauberischen Pracht der Mitternachtssonne. Auch hier war am Schluß der laute Beifall verdient. -ck.

Einen Dresdner Dichterabend veranstaltet am Montag die Litterarische Gesellschaft. Fräulein Alice Politz wird Gedichte von Ernst Eckstein lesen, von Adolf Stern, Alice Freiin v. Gaudy, Wilhelm Wolters, Bodo Wildberg, Johanna Lantau, Franz Königsbrun-Schaup, Friedrich Kurt Benndorf; Herr Hofschauspieler Karl Blankenstein liest Gedichte von Wilhelm v. Polenz, Börries Freiherrn v. Münchhausen, Georg Freiherrn v. Ompteda — ua, und endlich auch eines von dem Dresdner Lyriker, der den stärksten Ton hat, von Ferdinand Avenarius.

Beim Akanthusblatt sind sie nun angekommen, die Herren vom Elberfelder Verschönerungsverein, die den muckerischen Angriffen wegen des vielbesprochenen Tritonenbrunnens Stand zu halten haben. Der Brunnen steht immer noch da, so wie er von den von Muckern aufgehetzten Vandalen verstümmelt worden ist, ein Denkmal Elberfelder Schmach und Schande. Und nun kommt der Verschönerungsverein und tritt mannhaft den Rückzug an. „Der Verschönerungsverein, nachdem er ursprünglich beschlossen hatte, den Brunnen zu lassen, wie er war, erklärt jetzt: Prinzipiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß es durchaus nicht anstößig erscheint, wenn die volle Natürlichkeit in Bezug auf das männliche Geschlecht auch bei plastischer Wiedergabe gewahrt wird. Wir waren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß am Original in Trient das männliche Geschlecht ursprünglich markiert gewesen sei, infolge der Witterung aber nicht mehr nachzuweisen ist. Sorgfältigste Untersuchung hat aber zweifellos festgestellt, daß am Original das Geschlecht nicht markiert gewesen, sondern durch Akanthus ersetzt gewesen ist. Hätten wir diese Kenntnis früher gehabt, dann würden wir die Tritonen, um religiösen Empfindungen nicht entgegen zu treten (!), geschlechtslos haben darstellen lassen (!). Im Interesse des Friedens unter der Bürgerschaft halten wir es für richtig, wenn die Verstümmelungen, durch Vandalen erfolgt, durch Akanthusblätter ersetzt werden!“ **Demgemäß sollte in geheimer Stadtverordnetensitzung die Brunnen**frage erledigt werden. Es kam aber nicht dazu, wie die Volkszeitung meldet, da einer Ueberrumpelung von freisinniger Seite vorgebeugt wurde. Aber die Akanthusblätter werden schon noch kommen.

Ein Nachtrag zu den Leoniden 1901. Der Sternschnuppenfall, dem in den letzten Jahren auf Grund der astronomischen Voraussagen mit besonderer Erwartung auf ein großartiges Schauspiel entgegen gesehen wurde, brachte bekanntlich seit 1898 Jahr für Jahr eine große Enttäuschung. Man hatte die letzte Hoffnung auf den November gesetzt, aber die ersten Nachrichten machten wiederum den Eindruck, als ob von dem Meteorschwarm keine besondere Spur geblieben wäre. Später wurde dann mitgeteilt, daß in Amerika doch einige erfolgreichere Beobachtungen gemacht worden wären, aber erst jetzt ist ein eingehender Beleg dafür vor der Akademie der Wissenschaften in New-York von Professor Rees gegeben worden. Dieser Astronom verbrachte die Nächte des 13. bis 16. November auf der Privatsternwarte eines reichen Liebhabers der Wissenschaft am Orte Bayport. Zur möglichst sorgfältigen Beobachtung der Meteore wurden vier photographische Apparate an dem Fernrohr befestigt, mittels derer in bestimmten Zeitabständen gewisse Himmelsteile photographiert wurden. In der Nacht des 15. November gelangte ein so glänzendes Meteor auf die Platte, daß sein Bild sogar vor einer größeren Zuhörerschaft ausdrucksvoll wiedergegeben werden konnte. Am 15. November war die Zahl und die Helligkeit der photographierten Meteore immerhin unerwartet gering. Andere Ergebnisse lieferte dagegen ein mit aller Sorgfalt durchgeführter Versuch zur Zählung der sichtbaren Sternschnuppen in der Nacht vom 14. auf den 15. November. Es wurden nicht weniger als 418 Meteore ermittelt, die bis auf sehr wenige Ausnahmen dem Schwarm der Leoniden angehörten. In der Morgenstunde von ½5 bis gegen 6 Uhr am 15. November stellte sich der Höhepunkt des Sternschnuppenregens mit 273 Meteoren ein. Das Schauspiel wäre vermutlich noch an Großartigkeit gewachsen, wenn nicht die beginnende Dämmerung die weitere Beobachtung unterbrochen hätte. Die Hoffnung, daß die Leoniden uns im nächsten Jahre noch einmal eine so wundervolle Erscheinung darbieten könnten, wie sie 1866 und 1833 eingetreten ist, ist nun nochmals aufgelebt und von Professor Rees ausdrücklich geäußert worden.

Ein Alltagswunder. Wenn man in einem Bahnhof zu thun, z. B. auf einen Zug zu warten hat, und sich die Zeit damit vertreibt, auf dem Bahnsteig auf und ab zu gehen, so ist man in den meisten Fällen in der Lage, eine merkwürdige Beobachtung anzustellen. Es wird wohl irgendwo auf dem Bahnhof eine in Betrieb befindliche Lokomotive stehen, die durch Ausströmen von Dampf Geräusche von sich giebt. Bei einiger Aufmerksamkeit wird man nun wahrnehmen, daß die Tonhöhe dieser Geräusche mit der Entfernung des Ohrs vom Standpunkt der Maschine sich ändert, nämlich höher wird bei größerem und tiefer bei geringerem Abstand. Ein holländischer Physiker van Gulik hat diese merkwürdige Erscheinung genauer untersucht. Die Tonhöhe steigt nicht nur mit der Entfernung des Ohrs von der Lokomotive, sondern auch mit einer Annäherung an den Erdboden. Der Ton ist eine Folge des Abprallens der Schallwellen vom Erdboden selbst. Diese Thatsache kann dadurch ermittelt werden, daß ein breites Brett zwischen der Maschine und dem Beobachter auf den Boden gelegt und bald gehoben, bald gesenkt wird. Beim Heben des Bretts findet ein auffallendes Ansteigen der Tonhöhe statt. Es ist daher klar, daß die Tonhöhe durch eine Vermischung (Interferenz) der direkten und der reflektierten Schallwellen zu stande kommt. Wie es durch andere Experimente für die verschiedenen Farben des weißen Lichts nachgewiesen ist, so sind hier die verschiedenen Höhen des Tons auf verschiedene Punkte des Raums verteilt, so daß eine Art von Tonspektrum gebildet wird. van Gulik hat eine Erklärung auf mathematischem Wege versucht, indem er die unregelmäßigen Schwingungen eines Geräuschs während einer kurzen Zeit in eine Reihe von harmonischen Schwingungen auflöste. Es ist durch die Berechnung nachweisbar, daß an gewissen Stellen durch die Vermischung der direkten und der reflektierten Schallwellen eine Folge von unreinen Tönen für das Ohr erzeugt werden muß, und der genannte Physiker hat auch rechnungsmäßig festgestellt, welcher Unterschied zwischen der von den direkten und den reflektierten Schallwellen bis zum Ohre durchlaufenen Entfernung gegeben sein muß, damit eine Aenderung der Tonhöhe in bestimmtem Grade erfolgt. Die auf einem Bahnhof durch van Gulik angestellten Beobachtungen haben die völlige Uebereinstimmung der thatsächlichen Erscheinungen mit der Theorie erwiesen. Er erinnert noch daran, daß auch das Geräusch eines Wasserfalls oder des Rauschens von Bäumen, wenn es senkrecht von einer Mauer zurückgeworfen wird, seinen Charakter ändert mit der größeren oder geringeren Entfernung des Ohrs von dieser Mauer. Auch darüber hat derselbe Forscher Beobachtungen vorgenommen, die seine Berechnungen bestätigt haben.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Der internationale Historikerkongreß wird vom 21. bis zum 30. April in Rom tagen. —

Ein vorläufiger Theaterneubau an Stelle des niedergebrannten Hoftheaters soll in Stuttgart in möglichster Eile errichtet werden. Da nach dem großen Dresdner Theaterbrand hier ein vorläufiges Theater errichtet wurde, erbat man sich — so meldet der Schwäb. Merkur — aus Dresden telegraphisch die betreffenden Pläne. —

In Christiania ist der Professor der semitischen Sprachen Elias Blix gestorben, ein bedeutender Gelehrter, der auch als Dichter und Politiker hervorgetreten ist. In den achtziger Jahren gehörte er dem Sverdrupschen Ministerium an. Er hat auch einzelne biblische Schriften in die norwegische Volkssprache (Landsmaal) übersetzt; diese Uebersetzung wird sehr gerühmt und viel benutzt. —

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Die neuesten Erlasse sächsischer Behörden über Arbeiterschutz sind soeben den Mitgliedern des Reichstags in einem umfangreichen Foliohefte vom Reichsamt des Innern zugestellt worden. Viel Bemerkenswertes ist allerdings davon nicht zu berichten, denn sämtliche Verordnungen beziehen sich auf das Baugewerbe, Hoch- und Tiefbauten. Eine einzige Ausnahme macht die Amtshauptmannschaft Borna, die für Steinbrüche und Gräbereien Abschluß des Betriebes, Böschungen und Abbaustrossen, Betriebsvorschriften über Sprengarbeiten verordnete und ferner bestimmte, daß Trinkwasser und Aufenthaltsräume für die Arbeiter, sowie getrennte Aborte geschaffen werden. Insgesamt sind 82 sächsische Behörden verzeichnet, die Bestimmungen für den Schutz der Bauarbeiter erlassen haben. Das Wesentlichste sämtlicher Verordnungen ist die Bestimmung, daß das Austrocknen der Räume in den Bauten mittels Koksfeuers ohne Ableitung der Gase verboten ist. Die Amtshauptmannschaft Bautzen bestimmte außerdem, daß Arbeiterinnen auf Gerüsten nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn die Stockwerke dicht abgedeckt und nicht durch Leitern, sondern durch „schiefe Ebenen" (!) mit einander verbunden sind. Die Amtshauptmannschaft Döbeln verordnete außerdem aus hygieinischen Gründen Spucknäpfe, Verbandskästen und ordentliches Trinkwasser für die Bauarbeiter. Der Stadtrat zu Bernstadt b. Löbau ordnete Trennung der Unterkunftsräume und Aborte nach Geschlechtern an. Jedenfalls angeregt durch den Fall betreffend das Verschütten des Brunnenbauers Thiele aus Grimma verbot die Amtshauptmannschaft Löbau das Unterhohlen des Erdbodens und das Einsteigen in Brunnen. Brustwehren und sonstige Schutzgeländer verordnete die Amtshauptmannschaft Zittau und Beseitigung von Leitern und Abdeckung aller Oeffnungen die Amtshauptmannschaft Annaberg. Das Letztere bestimmte auch der Stadtrat zu Geyer. Der Stadtrat von Meerane bestimmte außerdem, daß Kleiderschränke, Waschgelegenheit und Urineimer in jedem Stockwerk eines Neubaues vorhanden sein müssen. Der Riesaer Stadtrat ging noch etwas weiter und verordnete, daß der Bauunternehmer eine einfache Kochmaschine zum Wärmen der Speisen aufstelle. Außerdem haben sämtliche 82 Behörden die Forderung der Bauarbeiter: heizbare Unterkunftsräume mit Sitzgelegenheit, berücksichtigt. Bezüglich der Bewilligung der übrigen Forderungen sind aber die außersächsischen Behörden den unseren weit voraus. Für die Kritik der Arbeiterschutzgesetze bietet die Sammlung des Reichsamts des Innern viel und wertvolles Material.

Wie die sächsische Eisenbahnverwaltung der Arbeitslosigkeit steuert. In der Debatte im Reichstage über die Arbeitslosigkeit bestritt der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Graf Hohenthal, die sächsische Eisenbahnverwaltung habe ständige Arbeiter nicht entlassen, und wo man Hilfsarbeiter weggeschickt habe, sei Fürsorge getroffen, daß diese bei staatlichen Bauten beschäftigt worden wären. Das Dresdner Journal aber hielt es für nötig, diese Erklärung des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten im Reichstage noch besonders durch die Behauptung zu bekräftigen, es geschähe gegenwärtig vom Staate trotz der schwierigen Finanzlage alles, der Arbeiterschaft besondere Fürsorge angedeihen zu lassen. Dagegen stellt die Leipziger Volkszeitung jedoch fest, daß in Leipzig Arbeiter von der Strecke entlassen worden sind, während in den Vorjahren die Arbeit nach dem vorhandenen Mannschaftsbestande verteilt wurde, indem man die Arbeiter nur tageweise arbeiten ließ. Warum sollte das nicht auch in diesem Jahre möglich gewesen sein? Die Aenderung in diesem Jahre erklärt sich aber daraus, daß durch alle möglichen Manipulationen eine Reihe ständiger Arbeiter überflüssig geworden sind, für die nun durch Entlassung der Streckenarbeiter Platz gemacht werden mußte.

Die Bahnverwaltung in Werdau illustriert, sicher im Einverständnis mit der Generaldirektion, die feierlichen Erklärungen des Herrn v. Hohenthal und des Dresdner Journals auf recht sonderbare Weise. Sie hat vor einigen Tagen **21 Streckenarbeiter ganz plötzlich entlassen.** Der größte Teil davon ist verheiratet, sogar ein Chinakämpfer befindet sich darunter.

Man sieht daraus, daß die „besondere Fürsorge" des Staates, auf die das Journal ein Loblied singt, recht sonderbar beschaffen ist.

Thalsperren für die Zwickauer Mulde. Der Thalsperren-Ausschuß für die Zwickauer Mulde hat an die Regierung sowie an beide Kammern des sächsischen Landtags eine Petition gerichtet, worin ersucht wird, die generellen und speziellen Vorarbeiten für die Errichtung einer Reihe von Thalsperren im Muldengebiete alsbald in Angriff nehmen zu lassen. Als Begründung der Petition führt man an, daß, wenn bei der wirtschaftlichen Lage Sachsens der Zeitpunkt zur Einbringung einer solchen Petition nicht besonders günstig erscheine, so müsse doch berücksichtigt werden, daß die Thalsperrenfrage im Muldengebiet für Sachsen ein ganz anderes Interesse habe, als die für die Gottleuba. Hier handle es sich um das Wohl des industriereichsten Teiles von Sachsen, wo die Mulde endlich reguliert werden müsse, weil sie ständig großen Schaden verursache, auch in sanitärer Hinsicht ernstlich Bedenken veranlasse, und endlich viele Tausende Mark durch unbenutztes Wasser jährlich verloren gehen. Besonders wünschenswert sei es, daß die Planungen bald in Angriff genommen würden, damit festgestellt würde, an welchen Orten Thalsperren in Aussicht zu nehmen sind. Denn wenn man mit diesen Feststellungen noch einige Zeit warten wollte, so würden die in Frage kommenden Thäler bebaut werden und später nicht mehr oder nur mit großem Kostenaufwande für den allgemeinen Zweck zur Verfügung stehen.

Gegen die Getreidezölle haben sich Versammlungen in Penig, Reichenbach i. V. und Pirna ausgesprochen, die vom sächsischen Landesverband des Handelsvertragsvereins veranstaltet worden sind. In Pirna sprach sich der evangelische Arbeiterverein nach einem Vortrage über den neuen Zolltarif in einer Resolution für Fortführung der Handelsvertragspolitik und gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle aus.

Chemnitz. Als gegen Ende des vorigen Jahres der Vorsteher des Schloß-Chemnitzer Spar- und Konsumvereins die Auszahlung der Spargelder und der Prozente auf entnommene Waren vornehmen sollte, stellte sich's heraus, daß dazu kein Geld vorhanden war. Die Aufregung unter den Mitgliedern, die arg enttäuscht waren, zumal sie mit den erhofften Auszahlungen gerechnet hatten, war nicht gering. Gegen den Leiter des Vereins wurden Vorwürfe laut und über den Verein und seine Bonität wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die die Gläubiger desselben stutzig machten, und der Schluß war der Zusammenbruch des Vereins. Der Vorsteher Hilbert sah sich schließlich gezwungen, den Konkurs des Vereins Mitte Dezember anzumelden; da er auch die Unterschlagung von Gesellschaftsgeldern zugestand, wurde er in Untersuchungshaft genommen. Am Freitag hatte sich Hilbert vor dem Landgericht zu verantworten. Hilbert zieht an, daß er in Oederan geboren, unbescholten, Lackierer, Vater von drei Kindern und vermögenslos ist. Vorsteher des Vereins, der nicht ins Genossenschaftsregister eingetragen war, wurde er 1890. Als solcher war er laut Statut auch Kassenverwalter. Die Anlage legte ihm zur Last, daß er vom Gesellschaftsvermögen 300 M. widerrechtlich für sich entnommen und in seinem Nutzen verwendet habe. Der Angeklagte war geständig, so weit es sich um die Unterschlagung der 300 M. handelte, er bestritt aber entschieden, daß er über seine Verhältnisse gelebt, das Geld vergeudet und besonders, daß der Konkurs des Vereins durch die Entnahme des genannten Betrages herbeigeführt worden sei. Der Verein war, so führte H. aus, ein kleiner Konsumverein mit Abendverkauf; in den letzten Jahren verringerte sich der Mitgliederbestand bis auf 106. Die Regiekosten waren verhältnismäßig groß und betrugen jährlich etwa 3000 M. In den letzten Jahren wurden 18 Proz. Dividende bezahlt. Im letzten Jahr nahmen die Mitglieder infolge des schlechten Geschäftsganges und geringen Verdienstes den Kredit des Vereins über Gebühr in Anspruch und so kam es, daß es mit der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten haperte. Infolge des Mitgliederschwundes war bereits in Aussicht genommen, das noch vorhandene Warenlager zu verkaufen und den Verein am 1. April aufzulösen. Durch die Maßnahmen der Hauptgläubiger, die das Lager im Dezember mit Beschlag belegten, sei schließlich die Notwendigkeit an ihn herangetreten, den Konkurs des Vereins anzumelden, der durch die Mitglieder selbst herbeigeführt worden sei. Das bewiesen die Außenstände, die zwei- bis dreitausend Mark betragen. Befragt, was ihn veranlaßt habe, sich an dem Geld zu vergreifen, sagte der Angeklagte, daß er des Vereins wegen eine größere Wohnung haben und mit 20 M. Lohn die Woche eine zahlreiche Familie ernähren mußte. Seit dem Jahre 1895 habe er jedes Jahr 30 M. der Kasse entnommen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und zweijährigen Ehrenrechtsverlust; von der Strafe gelten drei Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt. H. nahm die Strafe an.

Coßebaude. Am Sonntag den 19. Januar ging in unserem Orte — jedenfalls um einem „tiefgefühlten" Bedürfnis abzuhelfen — die Gründung eines christlichen „Arbeiter"-Vereins für Coßebaude und Umgegend im Wahlischen Gasthause vor sich. Die Einladung war mittels Zirkular an die Einwohner der Orte Steglitz, Gohlis und Coßebaude erfolgt. Als Herr Pastor Wendler die Anwesenden begrüßt hatte — es waren zirka 75 Mann —, erteilte er Herrn Stöcker-Dresden das Wort. In seinen Ausführungen teilte der Herr mit, daß der Verein bereits lebensfähig wäre. Des weiteren meinte der Jünger Podbielskis, daß der Verein sich nicht mit den „öden Schimpfereien" befasse wie die Sozialdemokraten", sondern thätlich (er wird doch nicht! D. R.) eingreife, um das Wohl und Wehe (!) der Arbeiter zu fördern. So führte er verschiedene Orte an, wo Arbeiterwohnungen vom christlichen Arbeiterverein geschaffen worden wären. Ueberhaupt hielte der Verein seine Mitglieder zum Sparen an, was ja die ††† Sozis nicht thäten. Als besonderen Erfolg führte der Redner an, daß der neu gegründete Verein in Coßwig das Interesse für den Kirchenbau bedeutend gefördert habe. (Alle Wetter!) Als der Herr merkte, daß keine Gegner anwesend waren, die seine zum Teil unwahren Behauptungen zurückweisen konnten, nahm er den Mund recht voll. Nachdem die Beitrittserklärungen eingeholt worden waren, stellte es sich heraus, daß der Verein gegenwärtig 72 Mitglieder (wie viel Arbeiter?) zählt. Als erster Vorsitzender fungiert Herr Pastor Wendler (natürlich muß ein evangelischer Arbeiter-Verein von einem Geistlichen bevormundet werden! D. R.). Schon daraus ist zu ersehen, wes Geistes Kind der Verein ist. Der übrige Vorstand besteht aus Auch-Arbeitern und ist eines christlichen „Arbeiter"-Vereins würdig. Die Arbeiter der Ortschaften hatten es gar nicht für notwendig erachtet, dieser Gründung irgend welchen Wert beizulegen, da doch noch nie ein solcher Bastard von einem Arbeiterverein lebensfähig war.

Pirna. Das hiesige Gewerkschaftskartell veranstaltete am 19. und 20. Januar in Pirna und Copitz eine Arbeitslosen-Zählung. Arbeitslose wurden hierbei ermittelt:

Arbeiter ohne Beruf	120	Buchdrucker	3
Steinarbeiter	72	Maler	2
Maurer	51	Schuhmacher	2
Zimmerer	33	Steinsetzer	2
Schiffer	15	Müller	2
Metallarbeiter	15	Bäcker	2
Dachdecker	11	Schneider	2
Kutscher	9	Tabakarbeiter	2
Tischler	7	Verschiedene Berufe	9
Lackierer und Polierer	6	In der Herberge z. Heimat	22
Ofensetzer	5		48
Brauer	3	Uebertrag:	347
	347	Insgesamt:	395

Unter „verschiedenen Berufen" befinden sich auch einige arbeitslose Arbeiterinnen, die sonst von den Zählern im allgemeinen unberücksichtigt gelassen wurden. In Berücksichtigung zu ziehen ist ferner der andauernd hohe Krankenbestand der verschiedenen Krankenkassen (Ortskrankenkasse allein nach der Krankenliste letzter Woche 68 Personen), auf den der flaue Geschäftsgang ebenfalls nicht ohne Einfluß bleibt. Außerdem mag den Zählern bei dem Häuserablaufen trotz bestem Willen noch manche Wohnung entgangen sein.

Ebersbach. Die Z. N. meldet folgendes für unsere Spießbürger sehr bezeichnende Histörchen: Die große Sünde, das bekannte Schauspiel von Otto Ernst, sollte am Mittwoch vom Ensemble des Zittauer Stadttheaters hier aufgeführt werden. Gewisse Dunkelmänner haben jedoch, wie aus einer im Oberl. Volksb. veröffentlichten Zuschrift hervorgeht, die Aufführung dieses Werkes hintertrieben. Leider hat sich die Direktion des genannten Theaters den Wünschen dieser Leute gefügt und präsentiert nun das schon auf Dilettantenbühnen genugsam abgedroschene alte Schablonenstück Anna Liese dem hiesigen „kunstverständigen" Publikum. Unter solchen Umständen sollte man den orthodoxen Herrschaften den „Kunstgenuß" allein überlassen. Dann wird sich ja herausstellen, ob die Theaterdirektion klug handelt, wenn sie sich den Dunkelmännern willfährig zeigt.

Oschatz. Der Wachtmeister Rosberg von der 3. Eskadron des hiesigen Regiments hat sich in der Reitbahn erschossen. Wie das Oschatzer Tageblatt mitteilt, ist diese That darauf zurückzuführen, daß sich der Verstorbene fortgesetzter Dienstverletzungen schuldig gemacht und deshalb Strafe zu erwarten hatte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch Spielerei mit einer Schußwaffe konnte am Sonntage in Hohenstein-Ernstthal leicht ein schweres Unglück angerichtet werden. Einige zum Teil noch fortbildungsschulpflichtige Burschen machten sich auf einem hiesigen Tanzsaal mit einem geladenen Revolver zu schaffen. Plötzlich entlud sich die Waffe und die Kugel traf den am Nebentische sitzenden Schablonenschneider G. Vermutlich ist das Geschoß vorher an einen harten Gegenstand angeprallt, denn G. hat zwar eine stark blutende Wunde am Hinterkopf, eine ernstliche Verletzung aber nicht davongetragen. Bei dem leichtsinnigen Schützen, dem Weberlehrling Leipe, wurde ein weiterer Revolver, sowie scharfe Patronen gefunden. — Wie das Zwickauer Tageblatt berichtet, hat das Oberverwaltungsgericht zu Dresden die von der Stadt Zwickau eingelegte Berufung gegen die Verfügung des Ministeriums des Innern in dem Wechsgrabenschleusen-Projekte als unzulässig zurückgewiesen. — Wie die Leipz. Volksztg. berichtet, hat der langjährige Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenkasse, Kommerzienrat Dr. Schwabe, das Amt als Kassenvorsitzender am 17. Januar niedergelegt. — Wiederholt wurde in letzter Zeit die Einwohnerschaft in Großbardau bei Grimma durch Brände beunruhigt. In einem Falle war es gelungen, als Brandstifter einen 12jährigen Schulknaben zu ermitteln und kürzlich wurde wieder von der Gendarmerie der im 13. Jahre stehende Schulknabe Emil Max Müller verhaftet und an das Amtsgericht abgeliefert. Er ist geständig, das Feuer angelegt zu haben, durch welches am 8. d. M. Wohn- und Stallgebäude des Ziegeldeckers Rausch vernichtet wurden. — Dem Geschirrführer Strobel wurde auf dem Bahnhofe Marienkirchen durch einen auf ihn fallenden Eisenblock der Brustkasten eingedrückt. Der Tod Strobels trat sofort ein. — Der Feuermann Hertel in Auerbach kam dem Riemen einer Transmission zu nahe, wurde erfaßt und herumgeschleudert, wobei er mehrfache Quetschungen und Rippenbrüche davontrug. — Zwei schwere Unfälle ereigneten sich am Montag in Klingenthal. Im Leonhardtschen Sägewerke brach die an der Kreissäge befindliche Schutzvorrichtung plötzlich ab und sprang einem Arbeiter ins Gesicht, diesem die obere Kinnlade zerschmetternd. In einer Blechinstrumentenfabrik kam der Sohn des Werkführers dem Treibriemen der Bohrmaschine zu nahe, wurde von demselben erfaßt und mehrere Male an die Decke geschleudert. Ob beide Verunglückte am Leben bleiben, ist noch ungewiß.

Stadt-Chronik.

Die Frage der Arbeitslosigkeit.

Unter dieser Ueberschrift brachte das königliche Dresdner Journal in seiner vorletzten Nummer an der Spitze einen Artikel, der das Thema in derselben kurzsichtigen, einsichtslosen und nichtssagenden Weise behandelt, wie man das auch sonst bei den sächsischen Behörden bis hinauf zur Regierung beobachtet hat. Es ist schließlich erklärlich, wenn die Beamtenredakteure des königlichen Blattes in das Horn der Regierung blasen, aber deswegen — meinen wir — braucht solche Stimmungsmache nicht auf alle Fälle auf eine Herabwürdigung und Verdächtigung der Sozialdemokratie hinauszulaufen, wie das in jenem Artikel wieder der Fall ist. Wir glauben gern, daß es der herrschenden Gesellschaft überaus unangenehm ist, wenn sie durch die Initiative der Sozialdemokratie in ihrer Vogelstraußpolitik gestört und mit der Nase auf das überaus große Elend in der gegenwärtigen Zeit gestoßen wird; das berechtigt aber noch lange nicht zu der mehr als dreisten Behauptung, daß die Sozialdemokratie nur agitatorische Zwecke dabei verfolge. Der Beweis für die absolute Haltlosigkeit eines derartigen Vorwurfs ist längst erbracht: praktische Vorschläge zu durchgreifenden Reformen sind überall, wo sie angebracht werden können, von uns gemacht worden. Das Journal nennt das Wunschzettel, deren Forderungen nicht ausführbar sind. Warum nicht!? Das Blatt giebt darauf keine Antwort. Aus jeder Zeile des Artikels spricht die tödlichste Verlegenheit; man will — soll wahrscheinlich! — etwas über die Frage sagen, weiß aber nicht was. Wenn man schon mit seinen Gründen gegen durchgreifende Reformen auf den — Pastor Bodelschwingh gekommen ist, und wenn man ferner mit der abgebrauchten, banalen Phrase operiert: „Die beste Versicherung des Arbeiters gegen schlechte Zeiten ist und bleibt das Sparen ..." — so können solche Argumente wirklich nicht Anspruch darauf machen, ernst genommen zu werden. Lasse man doch endlich einmal den unerhörten Unfug, dem Arbeiter, der bei voller Beschäftigung kaum den allernotwendigsten Lebensunterhalt verdient, auch noch zuzumuten, daß er spare; und die Arbeiter verdienen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht mehr. Wollen sie sich aber mit Hilfe ihrer Organisation eine bessere wirtschaftliche Position erkämpfen, so wird ihnen das stark verdacht — nicht zuletzt vom Dresdner Journal. Wer hat denn dem Blatte erzählt, daß wir das Sparen schlechthin für „ein Laster" halten? Das ist auch so eine alberne, die Thatsachen entstellende Behauptung. Wer von den Arbeitern in der glücklichen Lage ist, sparen zu können — immerzu; aber sparen und dabei hungern, das halten wir allerdings für eine volkswirtschaftliche Schädigung des gesamten Volkes, der ganzen Kultur. Die Herren in unserer nächsten Nachbarschaft scheinen aber vom A-B-C einer vernünftigen Volkswirtschaftslehre keine Ahnung zu haben.

Der Artikelschreiber schlägt sich übrigens mit seiner Logik selbst ins Gesicht. Einmal bestreitet er jede Notwendigkeit außergewöhnlicher Maßregeln, mitten in seinem Geschreibsel entschlüpft ihm aber das Geständnis: „... Immerhin ist der jetzige gewerbliche Rückgang, unter dem naturgemäß die Arbeiterschaft leidet, ernst genug, um die vollste Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen." Na also! Am Schlusse des Artikels wird dann ein sehr schönes Mittel für bessere Verhältnisse vorgeschlagen, nämlich: „Die geschäftliche Krisis, die ebensowohl in der Ueberschätzung des wirtschaftlichen Aufschwunges als auch in der Schwächung unseres heimischen Marktes ihre Ursachen hat, wird mit allen ihren, auch die Arbeiterschaft treffenden Folgen nicht eher gehoben werden können, als bis ein wirksamerer Schutz der nationalen Arbeit vor der Auslandskonkurrenz und damit eine Kräftigung des Inlandsmarktes herbeigeführt wird. Darum sollte mit allen Kräften auf eine möglichst baldige Verabschiedung der Zolltarifvorlage hingewirkt werden."

Liebliche Mittel: Verteuerung der nötigsten Lebensmittel des Volkes, Zollkrieg, Erschwerung von Handel und Verkehr: sie passen wie die Faust aufs Auge. — Uebrigens wollen wir gleich bei der Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß von den hiesigen bürgerlichen Blättern das königl. Journal, der stadträtliche Dresdner Anzeiger und die Dresdner Nachr. nicht für nötig befunden haben, **ihre Leser über das Ergebnis der Arbeitslosenzählung** vom vorigen Sonntag zu unterrichten. Warum nicht?! .... **Zehntausend Arbeitslose!** Das Schweigen der Blätter darüber ist sehr, sehr beredt!

Zeichen der schlechten Zeit. Die Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Andrang bei Stellenangeboten dokumentierte sich, wie die N. N. melden, gestern wieder einmal auf der Seestraße. Ein größeres Geschäft suchte einen Laufburschen, nicht über 18 Jahre, und gegen 7 Uhr abends schon waren so viel Arbeitslose eingetroffen, daß Polizeiorgane den Verkehr aufrecht erhalten mußten, zumal Passanten sich hinzugesellt hatten, die annahmen, daß ein Unglück geschehen sei. — Weiter wird von anderer Seite mitgeteilt, daß sich um die Stelle eines Brückengeldeinnehmers gegen 100 Personen beworben hatten. Die Herren am grünen Tische, die einen außerordentlichen Notstand bestreiten, werden sich durch solche Vorgänge natürlich nicht verblüffen lassen.

Mit affenartiger Geschwindigkeit hat die Deutsche Wacht dem Dresdner Journal — dem wir oben einige Worte widmen — abgelauscht, daß die Sozialdemokratie lehrt: „Sparsamkeit ist ein Laster!" Das Blatt hat aber mit einem sein verlangenden, neidischen Blicke nach den gefüllten sozialdemokratischen Parteikassen entdeckt, daß die Arbeiter doch sparen können. Und zwar: „Wenn die Arbeiter beispielsweise die sozialdemokratischen Vereinsbeiträge ein wenig beschneiden wollten, so könnten sie eine hübsche Summe im Jahr sparen, ohne daß von einer ‚Beschleunigung der Abwirtschaftung' auf die der Vorwärts exemplifiziert hatte, gesprochen werden könnte." Wir können die Wißbegierde der Antisemiterich, die beständig trauernd vor ihren leeren Kassen sitzen, wohl begreifen, besonders bei der Wacht.

Achtung, Holzarbeiter! Die neue Arbeitsordnung der Tischler-Innung wird von einzelnen Arbeitgebern immer wieder einzuführen versucht. So hat der Tischlermeister Häusel, Wachsbleichstraße, dieselbe einem neu eingestellten Mann vorgelegt. Dieser, ein bekannter Bautischler, hat leider auch unterschrieben. Dringend notwendig ist, daß auch in der ungünstigen Zeit der Beschluß: Niemand unterschreibe die neue Arbeitsordnung, hochgehalten wird.

Z. **Ueber Schulhygieine** sprach gestern abend Herr Dr. Flachs im Verein für Volkshygieine. Im Leben der Schulkinder, so führte Referent aus, seien es zwei Mächte, die zusammenstehen: Schule und Haus. Mit dem sechsten Lebensjahre werde für das Kind der Ort

seiner Thätigkeit ein völlig anderer. Für den Staat, der das Kind zum Schulbesuche zwingt, erwachse damit auch die gebieterische Notwendigkeit, daß auch nur die Möglichkeit einer Schädigung der Gesundheit des Kindes auf ein Minimum herabgedrückt wird. Nach der Statistik vom Juni 1901 gab es in Dresden 87 000 Schulkinder, von denen, wenn man die Fach- und Fortbildungsschüler abrechne, noch etwa 82 000 übrig blieben. Von diesen entfielen wiederum über 34 000 auf die Bezirks- und Bürgerschulen. Die Aufwendungen für die Dresdner Schulen von seiten der Stadt betrügen rund 4 200 000 Mark. Es sei bekannt, daß, was man jetzt Schulhygieine nenne, erst eine Frucht der neuesten Zeit sei. Hand in Hand mit den Bestrebungen und Errungenschaften der Wissenschaft seien auch die Maßnahmen gegangen, die sich auf das direkte Wohl der Schulkinder bezogen. In erster Linie seien hier die Schulärzte zu nennen. Unverständlich sei ihm das Mißtrauen der Eltern gegenüber den Untersuchungen ihrer Kinder durch Schulärzte, die doch nur dem körperlichen Wohlbefinden der Kleinen dienten. Auf dem Gebiete der modernen Bautechnik sei viel geleistet worden, Heizung und Ventilation seien vorzüglich. Trotzdem genügte in überfüllten Klassen — in der Regel kommen auf eine Klasse 40—50 Kinder — eine Schachtventilation nicht, so daß es dringend ratsam sei, während der Freipausen Fenster und Thüren zu öffnen, auch während der kalten Jahreszeit. Die Befürchtung der Eltern, daß sich die Kinder hierdurch erkälten könnten, sei unbegründet. Bewegung im Freien sei für die Kinder das beste. Leider gebe es noch immer Schulen mit ungenügenden Schulhöfen, auf denen sich die Kinder nicht umhertummeln könnten. Von großer Wichtigkeit sei ferner, daß die Ueberkleider nicht mit ins Unterrichtszimmer genommen, sondern in einem Vorzimmer abgelegt werden. Die Bedeutung der Schulbäder sei bekannt, nicht minder wichtig seien aber auch staubfreie Lehrzimmer. Schulwände mit Oelanstrich hätten sich gut bewährt, auch ein öfteres Scheuern der Dielen sei empfehlenswert. Um den Ueberanstrengungen der Augen entgegenzutreten, wären gutes Licht, große Fenster und bequeme Schulbänke erforderlich. Dem Turnunterricht würde seiner Ansicht nach im Lehrplan noch zu wenig Zeit eingeräumt, jedoch mache Dresden hiervon eine rühmliche Ausnahme. Als noch erfreulich sei ferner auch die unentgeltliche Erteilung des Schwimmunterrichts an Volksschüler zu bezeichnen. Dagegen erscheine in Bezug der Ausübung von Jugendspielen gerade mehr als genug. Eine Uebertreibung gerade in dieser Beziehung im jugendlichen Alter sei verwerflich und oft die Ursache zu Krankheiten, wie Herzerweiterungen ꝛc. Von gutem Erfolg wären auch die Versuche, durch blinden Feuerlärm die Schule räumen zu lassen, gewesen, dies sollte jedes Jahr wenigstens einmal geschehen. Viel diskutiert würde auch die Ferienfrage. Ferienaufgaben seien ganz zu unterlassen, ebenso würde sich eine Verlegung des Schuljahrsanfangs auf den Oktober empfehlen. Auf dem Gebiete des Schulwesens stände Deutschland an der Spitze aller Nationen, und es würden wohl kaum Mißstände zuweilen vorkommen, wenn nicht besondere Faktoren, wie die mangelhafte körperliche Entwickelung der Kinder, die heutigen sozialen Verhältnisse und eine unzweckmäßige Erziehung der Kinder zu Hause mitsprächen. Durch Wohlthätigkeitsbestrebungen mannigfacher Art in unserer Stadt sei dem Elend und der Not soweit gesteuert, daß die Zahl der Kinder, die ungewaschen und ungefrühstückt zur Schule kämen, eine verschwindend kleine sei. Für die Gesundheit der Kleinen sei außer einer guten Ernährung auch eine zweckmäßige Bekleidung von Wichtigkeit. Höchst verwerflich sei das Tragen des Korsetts, das man bei den „höheren" Töchtern schon im Alter von 7 und 8 Jahren, in den oberen Klassen aber durchweg finde. Die Schulbehörden hätten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dem Beispiele Rumäniens, das das Korsetttragen von Kindern überhaupt verbietet, zu folgen, mindestens sollte dies hier während des Turnens geschehen. Die Folgen des verderblichen Korsetttragens seien Rückgratverkrümmungen und andere Gebrechen. Zum Tragen von Schulbüchern eigne sich der Schulranzen am besten. Die Stellen der „höheren" Töchter oder des Gymnasiasten ziehe aber die Schulmappe oder Tragen der Bücher in der Hand vor. Hiergegen würde weiter nichts einzuwenden sein, wenn die Last auf beide Seiten gleichmäßig verteilt würde. Das einfachste würde aber sein, die nicht gebrauchten Bücher blieben unter Verschluß in der Schule zurück. Die Eltern sollten auch die größte Vorsicht obwalten lassen, wenn Infektionskrankheiten in der Familie herrschten. — Redner kommt nunmehr auf diejenigen Maßnahmen zu sprechen, die das geistige Wohlbefinden der Schulkinder fördern. In den letzten zwanzig Jahren sei viel an der Ausgestaltung des Lehrplans gearbeitet worden. Vielfach höre man jetzt Klagen von Ueberbürdung der Kinder mit Schularbeiten. Bei den Volksschülern habe es eine solche wohl nie gegeben. Hier sei der Lehrplan, dank dem Vorgehen Pestalozzis, im Gegensatz zu früher mehr dem praktischen Leben angepaßt worden. Was die höheren Schulen anbelange, so habe man mit der Ueberbürdung die Hausarbeiten, das lange Präparieren und die lateinischen Aufsätze gemeint, die Ursachen zu Nervosität, Hysterie usw. sein sollten. Wesentliche Erleichterungen seien denn auch bereits eingetreten, so daß nach Ansicht hervorragender Pädagogen wir an der untersten Grenzen angelangt seien. Immer sei der Schule die Schuld bei etwaigen Krankheiten der Kinder beigemessen worden, ohne daß man der eigentlichen Ursache, der unzweckmäßigen Erziehung, gedacht hätte. Die übermäßig vielen Theater- und Konzertbesuche wären von schädlicher Wirkung, ja, es würde überhaupt von einer Ueberbürdung nicht die Rede sein können, wenn der Frühreife der Jugend in gesellschaftlicher Beziehung entgegengetreten würde. Ein Herabgehen im Unterricht auf ein Mittelmaß dürfe bei den Ansprüchen, die jetzt das Leben stelle, auf keinen Fall stattfinden. Haus und Schule ständen also mit einander in enger Verbindung, und es sei ein Haupterfordernis für die richtige Entwickelung der Kinder, daß die Eltern der Schule Vertrauen entgegenbringen. Das Leben in der Familie sei für die Kinder von großem Einfluß, wie denn auch Einigkeit in der Familie das beste Erziehungsmittel sei. Zum Schluß seines durch reichen Beifall ausgezeichneten Vortrages streifte Redner noch die Einrichtung von Schulsparkassen, denen er aber nicht sympathisch gegenüberstehe.

-e. **Gegen drei Mitglieder der „schwarzen Bande"**, den Schenkwirt und Agenten Langer, den Baugewerken Mierich und den Schneider und Agenten Janke, begann heute morgen vor dem Schwurgericht eine auf zwei Tage anberaumte Verhandlung wegen Zeugenmeineids. Langer und Mierich sind bekannt aus dem Güterschlächterprozeß Langer-Bergmann und Genossen. Aus dem umfänglichen Beweismaterial kommen 200 Aktenstücke zum größten Teil zur Verlesung.

Feuer. Ein Schadenfeuer, das sehr schnell um sich griff und große Dimensionen annahm, brach gestern abend in der siebenten Stunde in dem großen Fabriketablissement von Seidel & Naumann, Hamburger Straße, aus, und zwar im 3. Stock des Mittelbaues, in dem sich Schleiferei- und Nickelpolierräume befinden. Das Feuer fand an den verschiedenen Arbeitsmaterialien reichliche Nahrung, und das Fabrikpersonal kämpfte ganz vergeblich dagegen an. Erst die Feuerwehr, die infolge unrichtiger Meldung allerdings auch nicht schnell genug in der nötigen Stärke erschien, war in der Lage, wirksam einzugreifen. Die Hauptthätigkeit konzentrierte sich dabei auf die Abhaltung der Gefahr von den umliegenden Gebäuden. Das Werk war um so schwieriger, weil der Brand eine furchtbare Glut entwickelte. Auch eine Dampfspritze war in Funktion. Die Feuerwehr hatte mit den Löscharbeiten bis in die zehnte Stunde zu thun. Der Dachstuhl und das dritte Stockwerk sind völlig ausgebrannt, auch dürfte durch die beim Löschen verwendeten Wassermassen erheblicher Schaden verursacht worden sein. Die Gefahr war deshalb noch besonders groß, weil in dem Gebäude große Quantitäten Petroleum lagern und überhaupt viel mit Petroleum gearbeitet wird. Ueber die Ursache des Brandes wurde noch nichts bekannt. — Gestern vormittag kurz nach 9 Uhr rückte eine Feuerwehrabteilung zu einem Schornsteinbrande nach dem Grundstücke Rosenstraße 21 aus. Dieser wurde durch Ableinen des Schornsteins bald unterdrückt. Eine zweite Alarmierung der Feuerwehr erfolgte kurz nach ½10 Uhr nach der Radeburger Straße, wo in einer gegenüber vom St. Pauli-Friedhofe an der Ecke der Marienhofstraße stehenden Blumenhalle aus noch unbekannter Ursache Feuer entstanden war. Die aus Holz bestehende Halle wurde größtenteils zerstört und eine größere Menge Bindematerial, fertige Kränze, sowie Blumen vernichtet.

Zirkus Max Schumann. Morgen Freitag wird Direktor Schumann eine sogenannte Parade-Gala-Vorstellung veranstalten, zu der um die besten Kräfte seiner Gesellschaft herangezogen werden. Außer den 25 Löwen des Herrn Seeth, den Schul- und Freiheits-Dressuren des Herrn Direktor Schumann und Herrn Hugo Herzog, werden neu engagierte erstklassige Spezialitäten wetteifern, um diese Vorstellung zu einer der glänzendsten zu gestalten.

Mitteilungen über die Geschäftsbewegung der Ortskrankenkasse Dresden im Monat Dezember 1901. Der Mitgliederbestand bezifferte sich Ende des Monats auf 80 221, und zwar 50 874 männliche und 29 347 weibliche Versicherte.

Anmeldungen erfolgten 7280, dagegen Abmeldungen 10 719, so daß durchschnittlich 750 Meldungen pro Arbeitstag zu erledigen waren. Schriftliche Eingänge sind 1372 zu verzeichnen gewesen und waren hiernach täglich 55 zu bearbeiten.

Gezahlt wurde: Krankengeld an Mitglieder 64 112 M. 75 Pf., Familienunterstützung für in Heilanstalten untergebrachte Mitglieder 2530 M. 00 Pf., Wöchnerinnenunterstützung 4275 M. 75 Pf. und Sterbegeld 1281 M. 17 Pf.

In den Genesungsheimen der Kasse fanden 25 Pfleglinge in der Dauer bis zu 4 Wochen Aufnahme, während 29 Mitglieder nach zusammen 929 Verpflegtagen die Anstalt verließen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 21 und gebessert 8 entlassen worden.

Die Zahl der Beitrag zahlenden Arbeitgeber betrug am Monatsschluß 20 520, und zwar 10 324 für die Kranken- und Invaliden-Versicherung, und 10 196 lediglich für die Invaliden-Versicherung. Die Einhebung der Beiträge erforderte 20 520 Abrechnungen; dieselben sind den Arbeitgebern von 10 Sammlern behändigt worden, an welche in 16 787 Fällen sofort Zahlung erfolgte; 1882 Arbeitgeber haben die Beiträge an den Zahlstellen der Kasse berichtigt, und 1801 Rückständige sind zu erinnern gewesen, bei denen in 783 Fällen das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden mußte. An Beiträgen für die Krankenversicherung sind 146 386 M. 51 Pf. und für die Invaliden-Versicherung 96 719 M. 38 Pf. zu vereinnahmen, sowie für 95 760 M. 40 Pf. Beitragsmarken anzukaufen gewesen.

Die Zahl der beitragspflichtigen Personen für die letztere Versicherung betrug 91 943 und zwar 52 121 männliche und 39 822 weibliche.

In 177 Fällen waren Mitglieder wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für erwerbsunfähige Kranke mit Ordnungsstrafen zu belegen und 7 Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen auf Grund der §§ 82 und 82b, verbunden mit § 53 des Krankenversicherungsgesetzes, zu Geld- bez. Gefängnisstrafen verurteilt.

Vermischte Nachrichten. Ein Sittlichkeitsvergehen wurde am Dienstag nachmittag auf der Frankenbergstraße in Löbtau an einem 6 Jahre alten Mädchen verübt. Der Thäter ist ein 25 Jahre alter, stellungsloser Kaufmann aus Dresden. — Nachdem nunmehr die Bildhauerarbeiten am Georgenthore, die die nochmalige Aufstellung eines Stangengerüstes notwendig machten, beendet sind, ist auch die östliche Fußgangbahn dem Verkehre freigegeben worden. — Am Dienstag wurde ein auf dem Freiberger Platze wohnhafter junger Mann verhaftet, der einer wohlhabenden Dame Drohbriefe geschrieben hatte, in denen er um Ueberlieferung von Geldsummen ersuchte. Er hatte einen Stein am Zwingerteich bezeichnet, unter den die Dame das Geld legen sollte. Die Dame verständigte die Polizei, und so konnte die Festnahme erfolgen. — Unfälle. Auf der Blasewitz-Loschwitzer Elbbrücke verunglückte der Lohnkellner und Arbeiter W. aus Dresden. Er benutzte, wahrscheinlich um den Brückenzoll zu sparen, kurz vor der Loschwitzer Hebestelle einen nach Dresden fahrenden Ziegelwagen; auf der Mitte der Brücke wollte er den Wagen wieder verlassen. Der Kutscher hielt die Pferde an, jedoch zogen diese plötzlich nochmals an und W. fiel so unglücklich, daß er das rechte Bein brach. Der Geschirrführer ließ ihn hilflos liegen und fuhr so schnell als möglich davon. Der Verunglückte wurde von Passanten und Schutzleuten nach der Loschwitzer Polizeiwache gebracht, wo ihm ärztliche Hilfe geleistet wurde. — Am Montag nachmittag fiel an der König Albert-Brücke ein Herr durch eigenes Versehen von einem Straßenbahnwagen und zog sich eine Kopfverletzung zu. — In der Großenhainer Straße sprang am Sonntag nachmittag ein Fahrgast von einem Straßenbahnwagen, kam zu Falle und schlug sich das Gesicht auf.

Arbeiterrisiko. Auf der Ammonstraße verunglückte gestern nachmittag ein Kutscher tödlich, indem er von seinem Wagen geschleudert wurde, und einen Schädelbruch erlitt.

Polizeibericht. In letzter Zeit ist in verschiedenen Zeitungen ein Inserat erschienen, in dem von Budapest für einen ungarischen Kurort und Badeanstalt Ungarns ein Juwelier mit jährlich 4000 M. Gehalt und sonstigen Nebenbezügen gesucht wird. Einem Bewerber ist hierauf eine Zuschrift eines Bank-Kommissionärs Edmund Hubert in Budapest zugegangen, nach der dieser erbötig ist, den Bewerber für die Stelle in Vorschlag zu bringen, zugleich aber um Einsendung von 5 M. für entstandene Kosten ersucht. Nach eingeholter Information kommt es dem Hubert nur darauf an, die verlangten 5 M. zu erlangen, er ist aber nicht in der Lage, den Bewerbern eine Stelle zu verschaffen. Es wird daher vor diesem Schwindel gewarnt.

Versammlungskalender für Freitag.

Sozialdem. Verein für Dresden-Altstadt. Abends 8½ Uhr General-Versammlung im Trianon.

Gerichts-Zeitung.

Geschworenengericht.

-e. **Wegen versuchten Giftmordes** hatte sich am Mittwoch der Schlosser und Elektrotechniker Paul William Kunze aus Meißen, 25 Jahre alt, verheiratet und hier wohnhaft, zu verantworten. Es handelt sich um jene Sache, die, wie wir seiner Zeit berichteten, wegen Fehlens eines Hauptzeugen am Schlusse der letzten vorjährigen Schwurgerichtsperiode vertagt wurde. Inzwischen ist Kunze durch rechtskräftiges Urteil vom hiesigen Landgerichts wegen Diebstahls und Unterschlagung, begangen zum Nachteil der Firma Helios Köln-Ehrenfeld (hiesige Filiale) zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt; doch dürfte auch diese Sache noch ein Nachspiel haben, da er anscheinend einen inzwischen in Leipzig verhafteten Kollegen fälschlich der Teilnahme an den Unredlichkeiten beschuldigt hat. Kunze bezeichnet sich vielfach als Ingenieur, doch hat er keine wissenschaftliche Vorbildung genossen. Im Laufe des vergangenen Jahres befand er sich trotz seiner 175 M. Monatsgehalt in derart drückenden Verhältnissen, daß er den Offenbarungseid geleistet hat. Weil er verschiedentlich im Geschäft vom Gerichtsvollzieher gemahnt wurde, erfolgte seine Entlassung; doch wurde ihm gestattet, Bestellungen auf Neuanlagen für genannte Firma gegen Provision zu suchen. Am 6. September vorigen Jahres war er nach Meißen mit dem Schiff gefahren, um seine dort wohnende Tante, die Witwe Selma Kunze, eine Erbtante, zu besuchen. Bereits vorher hatte er in der Neustädter Schwan-Apotheke 5 Gramm Cyankali, angeblich zu photographischen Zwecken, gekauft. Offenbar hat ihm an jenem Tage der Mut gefehlt, etwas zu unternehmen. Am nächsten Tage fuhr er zunächst nach Neu-Sörnewitz, und ging von dort über Zaschendorf nach Meißen. In Siebeneichen auf dem Friedhofe will er dann versucht haben, sich selbst zu vergiften. Das bei sich geführte Gift hatte er in einer Büchse mit Wasser angefeuchtet, um es aufzulösen. Er will dann davon getrunken haben. Das Gift sei aber noch nicht aufgelöst gewesen, und nachdem er den bitteren Geschmack, Brennen an den Lippen und Brechreiz gespürt habe, sei ihm noch einmal eingefallen, die Tante werde ihm doch helfen. Er hat dann das Getrunkene ausgespieen und das übrig gebliebene Stück Cyankali in eins seiner Taschentücher — er trug deren zwei bei sich — gewickelt. Zu seiner Tante gekommen, hat ihn dieselbe eingeladen, eine Tasse Kaffee mit zu trinken, weil derselbe gerade fertig war. Die Tante hat zwei Tassen, für sich und ihn, gefüllt und sich wieder hinaus begeben. Er will nun geniest, und das Taschentuch, in dem sich zufällig jenes Stück Cyankali befand, ans Gesicht gehalten haben. Er hat dann das Stück vermißt und danach gesucht. Als er es nicht fand, habe er später, als seine Tante zurückkehrte, dieser zugerufen: „Tante, trink den Kaffee nicht — ich glaube mir ist etwas hineingefallen!" Darauf hat er sich dann unter dem Vorwande, er habe es eilig, wieder entfernt, um nach hier zu fahren. Die Tante hat später thatsächlich zwei Schlucke von dem Kaffee getrunken, und durch den bitteren Geschmack veranlaßt, den Rest in die Untertasse gegossen. Dabei zeigte sich auf dem Boden der Obertasse jenes kleine etwa zentimeterlange Stück Cyankali. Durch Mitteilung an die Nachbarn und Besichtigung durch dieselben, kam die Sache an die Oeffentlichkeit, indem das Gift zur Untersuchung in eine Meißner Apotheke gesendet wurde. Die Angehörigen, besonders ein Bruder Kunzes, haben die Tante zu veranlassen gesucht, von einer Anzeige abzusehen. Der Bruder schreibt in einem Briefe an die Tante: „Er ist ein Schurke, und wir werden alles aufbieten, daß er von hier fortkommt, aber zeige ihn nicht an, die Strafe würde zu fürchterlich werden." Die Zeugenaussagen sind äußerst ungünstig für den Angeklagten. Die Tante bekundet, daß er sie nicht gewarnt habe. Auch dem Monteur Einwaldt gegenüber hat er sehr gravierende Aeußerungen gethan, die einen verbrecherischen Entschluß als vorhanden gelten lassen müssen. Das medizinische Gutachten läßt keinerlei Anhaltspunkte für eine mildernde Beurteilung der That zu. Festgestellt wurde ferner, daß keinerlei Streitigkeiten zwischen Tante und Neffen bestanden, und sie im besten Einvernehmen lebten. Allen den gravierenden Zeugenaussagen gegenüber behält der Angeklagte, ein kleiner, untersetzter Mensch, sein äußerst verschlossenes Wesen bei, und hält hartnäckig seine Darstellung des Sachverhalts aufrecht. Die Geschworenen bejahen beide Schuldfragen, worauf die Verurteilung Kunzes, unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, zu 10 Jahren Zuchthaus und Ehrenrechtsverlust von gleicher Dauer erfolgt. Ebenso wird Polizeiaufsicht als zulässig erklärt.

Versammlungen.

Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung am 16. Januar befaßte sich mit den auf dem Werkplatz Hübner entstandenen Differenzen und Mißständen. Der Vertrauensmann erstattete zunächst den Bericht und führt aus, daß es kein Wunder ist, wenn Herr Hübner den Tarif zu durchbrechen versucht, denn bei der Steinmetzarbeit der Marienbrücke war er 10 000 M. billiger als andere Steinmetzmeister; mehrere Kollegen mußten hier schon beim Gewerbegericht klagen, weil sie für verfertigte Werkstücke ihr Geld nicht erhielten, was sie laut Tarif zu verlangen hatten. Da nun in unserem Gewerbe ein Schiedsgericht besteht, wurde auf dem Gewerbegericht beschlossen, diese Angelegenheit der Schiedskommission zu überweisen. Diese Kommission wurde sich aber nicht einig, den Streit wollte man nicht, und so sind die Kollegen von der Brücke heute noch nicht zu ihrem Recht gekommen. Es wurde vielmehr ein sogenannter Zwischenhandel abgeschlossen, so daß Herr Hübner seine Werkstücke nicht so teuer zu bezahlen brauchte, aber die Firma Rössel dagegen die fünfundfünfzig Flocken weiter bezahlen mußte, was natürlich selbstverständlich war. Auch am Kultusministerium versuchte H. den Tarif nicht zu bezahlen; da sich aber die Kollegen das nicht gefallen ließen, versuchte H. Spitzmaurer, ungelernte Arbeiter, einzustellen. Da es nun mit den Arbeiten nicht vorwärts ging, so wurde Herrn Schulze die Arbeit übergeben, wo sie ebenfalls überwiegend von Spitzmaurern hergestellt wurde. Bei Herrn Schulze legten sogar die Spitzmaurer die Arbeit nieder, weil ihnen der angebotene Lohn doch gar zu niedrig war. In der schlechten Zeit glaubt Herr Hübner die Steinmetzlöhne drücken zu können, denn er sagte, nur wer für den Preis arbeitet wie die Spitzmaurer, kann weiter arbeiten. Weiter sollte für alle Fugen an Werkstücken 80 Pf. pro Quadratmeter bezahlt werden, indem die Kollegen um die Fuge einen Schlag machen und abwässern, also 70 Pf. weniger. Zinsstücke mit Fallrohrlöchern kosteten 19 M., bezahlt wurden 11 M. Gurtsims wurde verfertigt, wo der Meter 3,30 M. kostet, bezahlt wurde 2,90 M. Auch Herr Spitzbarth beschäftigt Spitzmaurer, und bezahlte für Stürze, die 15 M. lohnten, ganze 6 M. Herr Hübner veranschlagte eine Schule, wo er um 6000 M. billiger war als andere Steinmetzmeister. Es ist also kein Wunder, wenn H. nicht richtig bezahlen will, und doch behauptet er, daß immer nach Tarif bezahlt wird. Da nun die Kollegen sich einig waren und nicht billiger arbeiten können, so beschlossen sie, lieber die Arbeit zu verlassen, als dabei noch zu hungern, denn es wurden in den Stimmen geradezu Spottlöhne ausgezahlt. Weiter wird von den Kollegen ausgeführt, daß sie schon immer warten mußten, ehe sie ein Stück bekamen, hingegen die Spitzer immer Arbeit im voraus hatten. Es wird weiter bekundet, daß, wenn Unorganisierte oder Spitzer um Arbeit fragen, selbige eingestellt werden, hingegen Organisierte, die den Tarif verlangen, scheel angesehen werden. Es ist aber weiter noch nicht alles, was gegen H. vorgebracht werden könnte, vor kurzem kam zufällig ein Herr von der Bauverwaltung auf den Hübnerschen Werkplatz, da ließ man die Arbeit, die von Spitzern angefertigt war, mit Brettern zudecken, einige Stücke legte man sogar auf die Ansicht, damit die Arbeit nicht zu sehen war. Da die Versammlung erklärt, daß die Kollegen von Hübners Werkplatz gerecht gehandelt haben, wird folgende Resolution angenommen: „Die am 16. Januar tagende Steinarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Kollegen auf Werkplatz Hübner solidarisch; sie billigt das Vorgehen, indem Herr Hübner Tarifbruch begangen hat. Da nach den gegenseitigen Tarifabmachungen der Tarif beiderseitig hochzuhalten ist, verlangt die Versammlung in aller Kürze eine Schiedssitzung, worin die Meister zu erklären haben, ob sie die gegenseitigen Versprechungen von 1899 hochhalten wollen. Gleichzeitig beauftragt die Versammlung den Vertrauensmann und den Altgesellen von der Innung, in Hübners Angelegenheit bei der maßgebenden Behörde vorstellig zu werden." Des weiteren giebt der Vertrauensmann bekannt, daß er den Steinmetzmeister Hempel in der Hübnerschen Angelegenheit gesprochen habe. Daraufhin soll die Schiedskommission in dieser Frage Freitag den 17. Januar, nachmittags, verhandeln. Zur Unterstützungsfrage wird betont, daß die Kollegen auch bei der schlechten wirtschaftlichen Lage den Mut besessen haben, die Arbeit niederzulegen. Infolgedessen werden denselben aus der örtlichen Kasse noch drei Mark pro Woche zugebilligt. Zu unterstützen sind 15 Verheiratete mit 29 Kindern und 6 Ledige. Nachdem der Vertrauensmann die Kollegen noch aufgefordert, sich zu Ehren unseres verstorbenen Kollegen und Redakteurs Ottomar Schmidt von den Plätzen zu erheben, folgt Schluß der Versammlung. (Eing. 21. 1.)

Holzarbeiter. Fünf öffentliche Bezirksversammlungen der Holzarbeiter fanden am 14. und 15. Januar hier statt. In allen fünf Versammlungen wurde die am 25. Januar stattfindende Zählung aller in Arbeit stehenden Berufsangehörigen behandelt. Sie soll Unterlagen ergeben für weiteres Arbeiten in der Agitation und das Verhältnis zwischen Organisierten und Unorganisierten besser hervorheben. Nach Berücksichtigung der vom Gewerkschaftskartell vorgenommenen Zählung der Arbeitslosen wird gehofft, die Gesamtzahl der Berufskollegen der einzelnen Branchen in Dresden und Umgegend annähernd genau festzustellen. Auch wird es von Wert sein, in späterer Zeit Vergleiche anzustellen, wie viel zur Zeit der Krise hier lohnende Beschäftigung fanden gegenüber einer doch bestimmt zu erhoffenden günstigen Geschäftskonjunktur. Von den Versammelten wurden Fragebogen in Empfang genommen für die Werkstätten, in der sie beschäftigt oder so bekannt sind, daß für pünktliche Ausfüllung und Rückgabe eine Gewähr ist. Es wurde erwartet, daß alle Kollegen dieser Zählung die größte Unterstützung angedeihen lassen. Auch hier richten wir nochmals den Appell an die Kollegen, die den Versammlungen nicht beiwohnten und für ihre Werkstatt keinen Fragebogen erhielten, ihn ungesäumt bei den Kontrollkommissionsobmännern oder im Bureau des Verbandes, Albrechtstraße 11, abzuholen. Die Fragebogen sind ausgefüllt in der am Sonntag den 26. Januar stattfindenden Generalversammlung zurückzugeben. Auch sind dort noch Fragebogen zur sofortigen Ausfüllung zu haben. Unter Gewerkschaftlichem wurde darauf hingewiesen, die Agitation in den Werkstätten für unsere Organisation nicht zu vernachlässigen und dem bevorstehenden Gau- und Verbandstag Interesse entgegen zu bringen, sowie Anträge hierzu vorzubereiten. (Eing. 21./1.)

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 23. Januar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 752. — Veränderlich.
Thermometer: + 7° R.
Thermometrograph n. Reaumur: Min. — 2°, Maxim. + 9°.
Hygrometer: 77°.
Wasserstand der Elbe: 8 cm + 0.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020123/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG